Auf die Räder – fertig – los!

Der Volksentscheid Fahrrad bringt endlich Bewegung in die Berliner Verkehrspolitik.

Seite 8

Sieben für Neukölln

Wir stellen unsere Direktkandidat*innen für die sieben Neuköllner Wahlkreise vor.

Seite 6/7

Wir haben viel erreicht

Unsere BVV-Fraktion und unser Stadtrat über ihre Arbeit der letzten fünf Jahre.

Seite 3 und 5

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 185, Ausgabe II / 2016

Mietpreise ausbremsen!

WAS TUN GEGEN STEIGENDE MIETEN

Neukölln: Unbezahlbar!

„Unsere Miete soll von 5,20 € auf 10,60 € pro Quadratmeter steigen. Das kann ich mir als alleinerziehender Krankenpfleger nicht leisten.“ Die Verzweiflung und Hilflosigkeit ist der E-Mail, die mich erreicht, deutlich anzumerken. Sie ist kein Einzelfall. Regelmäßig bekomme ich Zuschriften oder Anrufe mit ähnlichen Schilderungen. Mal geht es um energetische Sanierung, mal um einen Aufzug, eine Fußbodenheizung oder die erfolgte Umwandlung in eine Eigentumswohnung – und oft auch um alles zusammen. Alle eint die Angst, sich nach der Modernisierung die Miete nicht mehr leisten zu können. Im Kiez keine neue Wohnung zu finden. An den Stadtrand ziehen zu müssen. Das soziale Umfeld, die Kita, die Schule, die eigenen Freund*innen und die der Kinder aufgeben zu müssen.

Bis vor wenigen Monaten blieb mir in der Regel nicht viel, als allgemeine Ratschläge zu geben und mein aufrichtiges Bedauern auszudrücken, dass es in Neukölln keine politische Mehrheit gegen solche Praktiken gibt – nicht einmal für die überschaubaren Möglichkeiten, die ein Berliner Bezirk zur Verfügung hat.

Vorsichtiges Umdenken erst durch Druck von unten

Seit kurzem kann ich immerhin – zumindest im Reuter- und im Schillerkiez, entlang der Flughafen- und Donaustraße, im Körnerpark und in Rixdorf – auf den mühsam erstrittenen Milieuschutz verweisen. Kein Allheilmittel gegen alle Sorgen, aber durchaus ein wirksames Instrument – wenn man es ernst damit meint. Luxusmodernisierungen können damit ebenso verhindert werden wie die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen. Von SPD und CDU lange vehement abgelehnt, brachte erst der massive Druck der Neuköllner Bevölkerung zumindest die Neuköllner SPD zum vorsichtigen Umdenken. Ein Einwohner*innenantrag fand in kurzer Zeit über 3500 Unterstützerinnen und Unterstützer – mehr als dreimal so viel wie nötig. Und der Milieuschutz zeigt bereits Wirkung: Mietentreibende Bauanträge wurden zurückgestellt oder gleich abgelehnt.

Insgesamt passiert aber nach wie vor zu wenig und zu langsam. Mitte August präsentierte der Berliner Senat – ausgerechnet in Neukölln – eine Bilanz der seit März 2015 bestehenden Regelung, die die Umwandlung in Eigentumswohnungen verhindern soll. Großer Schönheitsfehler: In Neukölln galt sie bis zu diesem Sommer überhaupt nicht. So lange hatte sich SPD-Stadtrat Thomas Blesing Zeit genommen, ehe er die Milieuschutzgebiete in Kraft setzte, die Voraussetzung für die Wirksamkeit der Verordnung sind. Dabei war bereits im Mai 2015 mehr als jede fünfte Wohnung im Reuterkiez in Eigentum umgewandelt. Neuere Zahlen liegen nicht vor, es ist aber davon auszugehen, dass sich die Entwicklung im letzten Jahr nochmals beschleunigt hat. Eine Entwicklung, die die Neuköllner Bezirkspolitik billigend in Kauf genommen hat.

Noch einmal fünf Jahre Desinteresse kann Neukölln sich nicht leisten. Wir brauchen endlich eine aktive Mieten- und Wohnungspolitik, die alle Möglichkeiten engagiert und konsequent nutzt. Baustellen gibt jede Menge, die wichtigsten drei seien hier kurz skizziert:

Milieuschutz konsequent anwenden

Der Milieuschutz muss ausgeweitet und endlich konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört, dass Neukölln bei Hausverkäufen endlich vom Vorkaufsrecht Gebrauch macht. Damit wäre es möglich, dass bei Hausverkäufen statt Spekulant*innen städtische Wohnungsbaugesellschaften zum Zuge kämen. Das ist bisher an SPD und CDU gescheitert. Dabei machen andere Bezirke längst vor, wie es gehen kann. Außerdem braucht es mehr Mieter*innenberatung, denn gerade Menschen mit kleinem Einkommen brauchen schnelle und kompetente Beratung, wenn ihnen eine Modernisierungsankündigung mit happiger Mieterhöhung in die Wohnung flattert. Dagegen wehren kann sich nur, wer gut informiert ist.

Mehr Personal zur Umsetzung

Wir brauchen mehr Personal, um die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu kontrollieren und den politischen Willen, sie wirksam durchzusetzen – ob bei Ferienwohnungen, Leerstand oder Milieuschutz. Hinweise auf Zweckentfremdung werden bisher im Neuköllner Bezirksamt vor allem gesammelt und abgeheftet. Wenn Regelverstöße aber ohne Folgen bleiben, braucht sich niemand über lang anhaltenden Leerstand und andere Regelverstöße zu wundern.

Neubau nach Berliner Modell

Wir brauchen Neubau – aber den richtigen. Auf Landesebene rühmt sich die SPD mit dem Berliner Modell zur kooperativen Baulandentwicklung. Auf Deutsch: Wo Baurecht geschaffen wird, verpflichtet sich der Investor im Gegenzug, mindestens ein Viertel bezahlbare Wohnungen zu bauen. Der Regierende Bürgermeister Müller erklärt gerne, dass diese Regelungen für die ganze Stadt gelten. Doch in Neukölln wurde das Modell noch kein einziges Mal angewandt, stets ist es SPD-Stadtrat Thomas Blesing gelungen, eine Ausrede zu (er) finden. Gerade weil die Flächen in der Innenstadt längst knapp geworden sind, muss damit endlich Schluss sein.

Ich jedenfalls habe es satt, immer nur im bedauernden Konjunktiv zu antworten. Als Bündnisgrüne wollen wir dafür sorgen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz der Mieterinnen und Mieter auch genutzt werden. Es ist höchste Zeit!

Jochen Biedermann,
Vorsitzender des Neuköllner Stadtentwicklungsausschusses

MIETENPOLITIK IST AUCH SOZIALPOLITIK

Schlüsselaufgabe Armutsbekämpfung

Berlin boomt: Seit Jahren wächst die Bevölkerungszahl, immer mehr Tourist*innen und Investor*innen entdecken die Stadt für sich. Eigentlich eine schöne Entwicklung. Doch es gibt auch eine unschöne Kehrseite: spekulativer Leerstand und die Umwandlung von Miet- in Ferien- oder Eigentumswohnungen steigen an, mehr und mehr Menschen sorgen sich, aufgrund der ständig weiter steigenden Mieten die Wohnung zu verlieren. Denn die Mehrheit hat einen kleinen Geldbeutel und ist auf eine preiswerte Wohnung angewiesen. Die Große Koalition hat zwar mittlerweile auch erkannt, dass dies ein wichtiges (Wahlkampf-)Thema ist, aber nicht mehr zu bieten als bloße Ankündigungspolitik, der keine Taten folgen.

Dabei ist die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine zentrale Aufgabe im wachsenden Berlin, in dem sich die soziale Spaltung weiter verschärft: Die Armutsquote ist zwischen 2006 und 2013 von 17 auf 21,4 Prozent gestiegen, Erwerbslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit sind weiterhin sehr hoch, jedes dritte Kind lebt in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II und jedes fünfte Kind in Armut. Ständig steigende Mieten lassen diese soziale Schere noch weiter auseinander klaffen. Und wenn beliebte Innenstadtkieze „sozial aufgewertet“ werden, heißt das auch, dass parallel eine Verdrängung in die äußeren Stadtgebiete stattfindet: Soziale Brennpunkte verschwinden nicht, sie verlagern sich lediglich.

Soziale Spaltung verhindern

Doch all das ist kein Naturgesetz einer wachsenden Stadt – es ist vor allem die Folge von jahrelangem Versagen und Nichtstun von SPD, CDU und Linkspartei. Das aktuelle Bevölkerungswachstum macht ihre sozialpolitischen Fehler der Vergangenheit nur noch sichtbarer. Es rächt sich bitter, dass der soziale Wohnungsbau aufgegeben und keine neuen Wohnungen gefördert wurden, eine verfehlte Sparpolitik weite Teile der Verwaltung – insbesondere in den Bezirken – handlungsunfähig gemacht hat und dringende Investitionen in die soziale Infrastruktur schon viel zu lange fehlen.

Berlin braucht eine entschiedene Neuausrichtung der Wohnungspolitik, um die soziale Spaltung der Stadt abzuwenden. Dazu gehören Neubau, wirkungsvoller Bestandsschutz, konsequenter Einsatz aller mietenpolitischen Instrumente und Ausverkauf und Privatisierung der letzten bundes-, landes- und bezirkseigenen Flächen müssen gestoppt werden. Nur so können verfestigte Ungleichheiten wirkungsvoll angegangen und die vorhandenen Ressourcen gerechter verteilt werden – eine zwingende Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Berlin braucht endlich eine Regierung, die die soziale Frage auch bei der Mietenpolitik konsequent angeht!

Annette Heppel,
Katrin Schmidberger, MdA,
Sprecherin für Mieten und soziale Stadt

Plakat auf der Mietendemo am Kotti
Foto: privat

INHALTSVERZEICHNIS

Seite 2:
Vielfalt statt Einfalt
Grüne Antworten auf den Brexit
Populismus ist keine Alternative
Seite 3:
Unser Sozialstadtrat im Gespräch
Seite 4:
Unsere BVV-Kandidati*innen
Kleines Wahlen-Einmaleins: #bvvnk
Seite 5:
Erfolge 5 Jahre grüner BVV-Arbeit
Seite 6/7:
Unsere Direktkandidat*innen für Neukölln
Seite 8:
Für eine neue politische Kultur
Verkehrswende von unten
Seite 9:
Update für Berlins Verwaltung
Wir wollen mehr – gerecht, miteinander, grün!
Seite 10:
Öko ist gerechter
Nachhaltige Lebensmittel statt Agrarindustrie
Seite 11:
Bildung statt Armut
Probejahr am Gymnasium
Integration durch Bildung
Seite 12:
Alles auf Grün am 18. September
Bestimmen Sie mit!
Kleines Wahlen-Einmaleins: #agh
Das digitale Helferlein

GRÜNE ANTWORTEN AUF DEN BREXIT

Europa geht nur gemeinsam

Im Juni diesen Jahres stimmte eine Mehrheit der britischen Bevölkerung für den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU. Die Debatte über den Brexit war in Großbritannien geprägt von rassistischen und nationalistischen Ressentiments und falschen Darstellungen über Europa und die EU. Nun müssen mit Großbritannien faire Verhandlungen über den Austritt geführt werden, ohne dabei den Kern dessen aufzugeben, was Europa ausmacht. Gleichzeitig brauchen wir endlich eine offene, transnationale Debatte über die Frage, welches Europa wir möchten. Wir Grünen haben hier klare Vorstellungen, mit denen wir der Angstmacherei von Rechtspopulist*innen, Nationalist*innen und Rassist*innen entgegentreten. Den einfachen und illusorischen Antworten rechter Politiker*innen auf Herausforderungen unserer Zeit begegnen wir mit der Einsicht und Erfahrung, dass wir in Europa Frieden, Freiheit und Wohlstand nur gemeinsam erreichen und erhalten können.

Mehr Demokratie, mehr Transparenz

Wir Grünen sprechen uns dafür aus, die demokratischen Institutionen der EU zu stärken und die politischen Entscheidungsprozesse für Bürger*innen nachvollziehbar zu gestalten. Transnationale Wahllisten und ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments wären hier erste wichtige Schritte. Zudem müssen sowohl die Arbeit des Rats als auch der Einfluss von Lobbyist*innen transparenter werden. Auch ohne Reform der EU ist es jetzt schon möglich, zentrale politische Probleme anzugehen, die für einzelne Nationalstaaten zu groß sind: Beispielsweise eine gerechte, solidarische Flüchtlingspolitik, eine Gerechtigkeitspolitik, die Steueroasen trockenlegt, Steuerdumping verhindert und Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, sowie eine Energie- und Klimapolitik, die planetare Grenzen berücksichtigt.

In den vergangenen Jahrzehnten ist Europa nicht nur auf einer politischen und wirtschaftlichen Ebene, sondern auch auf einer gesellschaftlichen Ebene zusammengewachsen. Wir haben italienische Nachbar*innen, essen in bulgarischen Restaurants, trinken Wein in französischen Weinstuben, verbringen unseren Urlaub in Polen und studieren in Rumänien. Wir leben Europa in unseren Begegnungen im Alltag. Jenseits aller politischen Leitfragen sind es diese sozialen Bande, für die wir in den kommenden Jahren streiten werden.

Philmon Ghirmai
Stellv. Sprecher der LAG Europa

POPULISMUS IST KEINE ALTERNATIVE

„Ich habe Angst."

Die Stachel-Redaktion sitzt in der Geschäftsstelle an den letzten Arbeiten für diese Ausgabe, die Tür steht offen, ein Mann kommt vorbei und grüßt, wir kommen ins Gespräch. Er beginnt zu erzählen, von seinem Alltag, seinen Nachbar*innen und wie sich deren Verhalten ihm gegenüber seit geraumer Zeit immer mehr verändert. Genauer gesagt: seit dem Auftauchen der AfD. In seiner Gegenwart fallen immer häufiger Worte wie Kanake, er wird gefragt, ob er eigentlich noch länger hier bleiben will. Subtext: „Du gehörst nicht hierher. Geh dahin zurück, wo Du herkommst." Er sagt, er hat Angst.

Wo er, seine Familie ursprünglich herkommt? Ist das wichtig? Er lebt seit Jahrzehnten hier, ein Wahlberliner, wie ein großer Teil der Bevölkerung. Er ist ein Teil unserer Stadt. Rechtspopulistische Parteien wollen uns einreden, dass er nicht dazugehört, dass er weg muss. Er und all die, die irgendwie anders sind, anders sprechen, anders aussehen, anders glauben. Ihre Botschaft: „Früher war alles besser. Und die da sind schuld, dass es heute schlechter ist. Wenn die weg sind, wird alles wieder gut." Wir gegen die. Wir sind das wahre Volk, die sind die Sündenböcke. AfD, Pegida & Co schüren Unsicherheiten und Ängste von Menschen, nutzen sie aus, instrumentalisieren sie für ihre politischen Zwecke.

Mit Angst Politik machen

Ob diese Unsicherheiten und Ängste begründet sind, ist eine andere Debatte. Sie sind da, bei vielen. Angst vor großen Veränderungen, Angst, wirtschaftlich abgehängt, gesellschaftlich an den Rand gedrängt zu werden, Angst, unser Sozialsystem könne nicht mehr funktionieren. Finanzkrise, Eurokrise, Wirtschaftskrise, Griechenlandkrise, die großen Umwälzungen und Kriege der letzten Jahre im Nahen Osten, der darauf folgende Anstieg der Flüchtlingszahlen – all das verstärkt es noch. Und es ist so praktisch, einen Sündenbock für alles Negative zu haben. Den liefern rechtspopulistische Parteien nur zu bereitwillig. In ganz Europa haben sie seit Jahren verstärkten Zulauf. Lange dachte man hierzulande, Deutschland sei aufgrund seiner Geschichte immun dagegen. Ein offensichtlicher Irrtum. Auch hier sind viele, zu viele empfänglich für eindimensionale Weltbilder, allzu einfache Erklärungen, schnelle Schuldzuweisungen.

Doch mehr als das haben Rechtspopulist*innen nicht zu bieten. Harte Fakten, realistische Analysen, konstruktive Lösungsvorschläge – Fehlanzeige. Sie beschränken sich aufs Angst machen, Vorurteile verbreiten, Hass schüren. Ihre Parolen sickern in immer mehr Köpfe, vergiften unseren Alltag, unser Zusammenleben, unsere Gesellschaft als Ganzes. Nachbarn bekommen Angst voreinander. Diese Entwicklung macht mir Angst. Was mir Mut macht, ist das Wissen, dass wir das ändern können. Dass wir uns bewusst dagegen entscheiden können, uns Angst machen zu lassen. Wir alle gemeinsam.

Annette Heppel

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN NEUKÖLLN

Impressum:
Bündnis 90/Die Grünen,
Kreisverband Neukölln
Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin
V.i.S.d.P.:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de
Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Andreas Audretsch, Jochen Biedermann, Mahi Christians-Roshanai, Kalle Erlacher, Wolfgang Ewert, Philmon Ghirmai, Annette Heppel, Susanna Kahlefeld, Hannah König, Anja Kofbinger, Georg Kössler, Philipp Sanderhoff, Katrin Schmidberger, André Schulze, Sibylle Steffan, Bernd Szczepanski, Samira Tanana, Daniel Wesener
Layout:
Kalle Erlacher
kalle@kaerl.de
Druck:
sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG
Auflage:
40 000
Vorstandssprecher*innen:
Rhea Niggemann
rhea.niggemann@gruene-neukölln.de
Andreas Audretsch
andreas.audretsch@gruene-neukoelln.de
Internet: www.gruene-neukoelln.de
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.
Wir versuchen einseitig geschlechterspezifische Begriffe zu vermeiden. Falls das nicht möglich ist, nutzen wir den Genderstar.

SENAT BLOCKIERT ANTIDISKRIMINIERUNG UND DIVERSITY

Grüne Vielfalt statt Rot-Schwarze Einfalt

Für ein vielfältiges und weltoffenes Berlin muss man auch konkret arbeiten, denn das lohnt sich. Eines ist in den letzten fünf Jahren klar geworden: Die große Koalition war völlig ungeeignet, Diskriminierungen wirkungsvoll zu bekämpfen oder zumindest zukunftsweisende Konzepte für die Verwaltung zu entwickeln. Wurde im Koalitionsvertrag noch vollmundig „Diversity Mainstreaming für Berlin" versprochen, müssen wir heute feststellen, dass hier nichts passiert ist. Ebenso das Versprechen, ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) auf den Weg zu bringen. Also haben wir das getan.

Ein Antidiskriminierungsgesetz für ein weltoffenes, vielfältiges Berlin

Der Schutz vor Diskriminierung aufgrund ethnischer oder kultureller Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion, Alter oder körperlicher Befähigungen ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Seit 2006 können sich Betroffene dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gegen Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder im Fitness-Center wehren. Das AGG gilt aber nicht bei Benachteiligungen durch den Staat, dabei betraf ein Drittel der Fälle, die das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin in den vergangenen Jahren bearbeitet hat, den Bildungsbereich sowie Ämter oder Behörden des Landes.

Wir haben daher ein LADG erarbeitet, mit dem verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbote auch umgesetzt werden können. Betroffene können sich durch anerkannte Verbände unterstützen und vertreten lassen, mit klaren Ansprüchen auf Entschädigung und Schadensersatz sowie Linderung ihrer Beweisnot vor Gericht. Wer sich auf sein Recht beruft, nicht diskriminiert zu werden, darf dadurch keine Nachteile erleiden.

Nur wenn die Verwaltung den Schutz vor Diskriminierung in ihren eigenen Strukturen umsetzt, kann sie den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Bei Verwaltungsmaßnahmen soll daher vorab geprüft werden, ob diskriminierende Auswirkungen zu befürchten sind. Die Kompetenz von Mitarbeiter*innen im Umgang mit Vielfalt wollen wir stärken und zum Kriterium für Einstellung und Aufstieg machen. Bei öffentlichen Aufträgen und staatlichen Leistungen sollen die Begünstigten selbst Maßnahmen gegen Benachteiligungen ergreifen. Außerdem braucht es eine verwaltungsunabhängige Antidiskriminierungsstelle mit klaren Aufgaben und Befugnissen sowie angemessener Finanzierung.

Alle Parteien waren voll des Lobes für unseren ausgereiften Vorschlag, aber dem Gesetz auch im Parlament zustimmen wollte man dann doch nicht – es wurde von der Koalition abgelehnt. Müßig zu erwähnen, dass es einen eigenen Gesetzesentwurf von Rot-Schwarz niemals gegeben hat.

Diversity Mainstreaming versprochen – wieder das Wort gebrochen

Gibt es überhaupt noch ein Antidiskriminierungsthema, das der Senat umsetzt? In den letzten fünf verlorenen Jahren ist nicht viel dabei herausgekommen, was allerdings nicht verwundert, wurde doch dafür lediglich eine halbe Stelle in der Verwaltung geschaffen. Doch wer Neues etablieren will, muss auch bereit sein, entsprechende Ressourcen dafür bereitzustellen. Da in Hinblick auf Diversity vom Senat nichts zu erwarten war, haben wir auch hier die Initiative ergriffen.

Denn die Zeit drängt, also haben wir einen Plan entworfen und im letzten Jahr umgesetzt. Unser Grünes LADG wurde von der Veranstaltungsreihe „Vielfalt konkret – Diversity in Berlin gestalten" begleitet. In vier Fachgesprächen konnten wir zeigen, wie Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik in einer modernen Großstadt aussehen muss. Dabei wurde klar, dass Vielfalt gestalten und fördern ein langfristiges Projekt ist, dessen Umsetzung eines horizontalen Ansatzes bedarf, der alle Diversity-Dimensionen umfasst und auf eine langfristige Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen ausgerichtet ist. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Vielfalt gestalten auf die politische Agenda setzen
- Schaffung gesetzlicher Grundlagen
- Bereitstellung von Ressourcen (Geldmittel und Personal)
- Unterstützung und Förderung der Auseinandersetzung mit dem Thema (Aufklärungsarbeit, Vernetzung, Synergien ermöglichen, Einrichtung von Beschwerdestellen)

Alle Ergebnisse wurden in einer Broschüre zusammengefasst, die auch online abrufbar ist (gruenlink.de/17ly). Es ist höchste Zeit für mehr Vielfalt in der Stadt. Deshalb haben wir schon mal angefangen. Denn eins haben die letzten fünf Jahre gezeigt: Wenn wir es nicht tun, tut es niemand.

Anja Kofbinger

BERND SZCZEPANSKI ÜBER SEINE ARBEIT ALS NEUKÖLLNER SOZIALSTADTRAT

„Bei uns zeigen sich die echten Probleme der Stadt"

Lieber Bernd, vor fünf Jahren wurdest Du in Neukölln zum Stadtrat für Soziales gewählt. Was waren die Schwerpunkte Deiner Arbeit?
Mir war es sehr wichtig, ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker in die sozialen Netze einzubinden. Vor meinem Amtsantritt war ich zehn Jahre Mitglied im Sozialausschuss der BVV Neukölln und in verschiedenen Bereichen ehrenamtlich engagiert. Dabei fiel mir immer wieder auf, dass die Zuwanderer*innen der ersten Generation völlig durch die sozialen Netze fallen. Sie nehmen Leistungen nicht in Anspruch, die ihnen zustehen – sie kennen sie häufig nicht mal. Gerade ältere Frauen leben aufgrund von Sprachbarrieren oft von der Gesellschaft abgeschottet. Aber auch Männer sind betroffen. Die Hemmschwelle und die Hürden sind sehr groß. Ich habe deshalb immer versucht, migrantische Vereine zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. In diesem Bereich kann man mit geringen Mitteln sehr gute Erfolge erzielen.

Ein zweiter Schwerpunkt meiner Arbeit war, das Amt für Soziales bürger*innenfreundlicher zu gestalten. Ein Beispiel: Wenn ich morgens ins Büro ging, standen schon 50 bis 100 Menschen im dunklen Flur vor den Amtsräumen – Alte, Kinder, Behinderte. Ich habe deshalb einen Wartebereich eingerichtet, in dem man sich setzen und eine Nummer ziehen kann. Dass es so etwas vorher nicht gab, hat mich schockiert. Das sollte eigentlich nichts Besonderes sein. Die Veränderung hat sich nicht nur positiv für die Bürger*innen ausgewirkt, die bessere Stimmung kommt auch den Mitarbeiter*innen zugute.

Zu Beginn Deiner Amtszeit gab es viel zu wenig Personal im sozialen Bereich. Hat sich das mittlerweile verändert?
Das Bezirksamt Neukölln war damals in unglaublichem Maße personell ausgeblutet. Während andere Bezirke einen Überschuss hatten, fehlten in Neukölln fast 160 Vollzeitstellen, viele davon in der Abteilung Soziales. Seitdem haben wir viele Leute eingestellt und intensiv geschult. Dabei hat sich unser Ansatz voll bewahrheitet: Gute Steuerung und Kontrolle von Sozialleistungen spart am Ende mehr Geld, als das Personal kostet.

Was sind Deiner Einschätzung nach die größten sozialen Probleme in Neukölln?
Ein Drittel der Bevölkerung im Bezirk ist von sozialen Transferleistungen abhängig, mehr als 78 000 Menschen leben von Geldern des Jobcenters. Die hohe Arbeitslosigkeit ist sicher eine der größten Herausforderungen hier. Damit verbunden ist aber ein weiteres Problem: Wohnungslosigkeit und die Bedrohung von Wohnraum. Hier zeigt sich deutlich die verfehlte Wohnungspolitik von Senat und Bezirk: Die Zahlen sind in den letzten Jahren geradezu explodiert. Bis 2013 sind die Menschen noch an den Stadtrand abgewandert. Mittlerweile gibt es auch dort keinen freien Wohnraum mehr. Wer jetzt seine Wohnung verliert, steht schnell auf der Straße. Selbst für das Bezirksamt ist es kaum noch möglich, freie Unterkunftsmöglichkeiten zu finden.

Um dieses Problem anzugehen, hast Du eng mit dem Jobcenter Neukölln zusammengearbeitet. Was konntest Du hier erreichen?
Ich habe mich dafür eingesetzt, dass die Spielräume bei der Übernahme der Unterkunftskosten für Menschen in der Grundsicherung maximal genutzt werden. Manchmal ist es sinnvoll, eine Wohnung weiter zu genehmigen, auch wenn sie teurer ist, als es die Richtwerte vorsehen. Denn wenn wir keine andere Wohnung für die Betroffenen finden und sie in bezirklichen Unterkünften unterbringen müssen, kommen wesentlich höhere Kosten auf uns zu. Auch ist es als Wohnungsloser nahezu unmöglich, einen Arbeitsplatz zu finden.

Außerdem habe ich lange mit dem Jobcenter gekämpft, damit mehr Anträge auf Mietschuldenübernahme positiv beantwortet werden. Oft kann die Räumung noch abgewendet werden, wenn die Mietrückstände schnell bezahlt werden. Neukölln hatte lange eine Ablehnungsquote von 90 Prozent – berlinweit liegt der Schnitt bei nur 50 Prozent. Mittlerweile haben wir eine Quote von 40 Prozent erreicht.

Und was ist mit Menschen, die ihre Wohnung bereits verloren haben?
Ich konnte in Neukölln eine ganze Reihe neuer Unterbringungsmöglichkeiten mit verschiedenen Trägern vereinbaren. Dabei war mir besonders wichtig, das Angebot an den sich wandelnden Bedarf anzupassen. Heute sind unter den Wohnungslosen viel mehr Frauen und Familien mit Kindern als noch vor wenigen Jahren. Frauen benötigen besonderen Schutz und Kinder brauchen eine Umgebung, die ihnen ein gutes Aufwachsen ermöglicht. Bisher sind Frauen als Obdachlose seltener in Erscheinung getreten, weil sie oft doch noch irgendwo Unterschlupf finden. Nicht selten ist das aber verbunden mit Abhängigkeit und sexueller Gewalt. Mittlerweile hat Neukölln berlinweit das größte Angebot für wohnungslose Frauen. Darüber hinaus werden immer wieder Menschen aus psychiatrischen Kliniken in die Obdachlosigkeit entlassen. Hier arbeiten wir gerade intensiv daran, qualifizierte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Auch Altersarmut ist ein großes Problem in Neukölln. Konntest Du hier etwas bewirken?
Viele ältere Menschen trauen sich nicht, Sozialleistungen einzufordern, die ihnen zustehen, weil sie sich schämen. Ich habe versucht, dem entgegen zu wirken, war viel in Senior*inneneinrichtungen unterwegs und habe mit den Menschen vor Ort gesprochen, biete regelmäßige Sprechstunden in öffentlichen Einrichtungen an.

Sozialstadtrad Bernd Szczepanski beim Hissen der Regenbogenflagge vor dem Neuköllner Rathaus

Außerdem habe ich mich sehr für den Erhalt einer Senior*innenfreizeitstätte in Rudow eingesetzt. Schon lange war klar, dass die Freizeitstätte irgendwann schließen muss. Mit der Unterstützung von Bürgermeisterin Giffey ist es schließlich gelungen, einen Ersatz zu schaffen. Dabei habe ich in vielen Gesprächen die Senior*innen beteiligt und versucht, herauszufinden, was der tatsächliche Bedarf ist.

Auch im Bereich Gleichstellung hast Du Dich für die ältere Generation stark gemacht…
Ja, ich habe versucht, ein stärkeres Augenmerk auf ältere lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Menschen in Neukölln zu legen. Zum Beispiel organisiere ich gerade zum dritten Mal einen Tanzball für queere Senior*innen . So etwas gibt es sonst nirgendwo in Berlin.

Du hast Dich besonders für die Geflüchteten im Bezirk eingesetzt. Was waren hier die größten Herausforderungen?
Wir haben uns schon ganz früh darum bemüht, auch in der Neuköllner Bevölkerung eine positive Stimmung für die Aufnahme von Geflüchteten zu schaffen, und beziehen bei allen Planungen die Bürger*innen mit ein. Zu jeder neuen Unterkunft gab es eine Einwohner*innenveranstaltung.

Außerdem haben wir eine Koordinierungsstelle für Flüchtlingsfragen (NKF, gruenlink.de/1231) geschaffen mit drei Mitarbeiterinnen, die sich fest mit der Thematik beschäftigen. Die Arbeit läuft dadurch viel effizienter und strukturierter als in anderen Bezirken.

Besonders ist in Neukölln sicher auch unser enger Kontakt zu den Betreibern der Unterkünfte, die wir immer in ihrer Arbeit unterstützen, auch gegenüber dem LAGeSo, zum Beispiel, wenn sie Rechnungen nicht bezahlt bekommen oder Reparaturen anstehen. Aber wir schauen den Betreibern auch genau auf die Finger.

Obwohl es nicht in Deinen Zuständigkeitsbereich fällt, hast Du versucht, Missstände in Unterkünften zu beseitigen…
Ich kenne jede Unterkunft und gehe oft persönlich vorbei, um nach dem Rechten zu sehen. Wenn ich einen Missstand feststelle, dann erwarte ich eine schnelle Behebung. Kümmern sich die Betreiber nicht darum, kriegen sie richtig Ärger mit mir. Vor einem Jahr habe ich sogar dafür gesorgt, dass ein Betreiber rausgeschmissen wurde, weil die Bedingungen in seiner Unterkunft absolut menschenunwürdig waren. Eigentlich wäre dafür das LAGeSo zuständig gewesen, aber ich habe einfach nicht locker gelassen. Damit es in Zukunft besser läuft, dränge ich schon lange darauf, dass die Bezirke bei der Auswahl der Betreiber mehr beteiligt werden.

Für uns fängt gute Bezirkspolitik im Kleinen an. Mit unserem Projekt "Rangezoomt: Neukölln konkret" schauen wir genauer hin und zeigen, wo wir im Bezirk konkret etwas besser machen wollen. Mehr Infos unter gruenlink.de/186h

Rechtsextremismus ist ja generell ein großes Problem in Neukölln, insbesondere im Süden. Wie bist Du damit umgegangen?
Vor meinem Amtsantritt gab es das Thema Rechtsextremismus im Bezirksamt gar nicht. Ich habe mich dann einfach für zuständig erklärt und darum gekümmert. Ich gehe sowieso auf jede Demo und arbeite eng mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und anderen Initiativen zusammen. Mir war wichtig, dass das Bezirksamt Flagge zeigt. Zum Beispiel gab es,vor kurzem die 3. Veranstaltung gegen Rechts im Rathaus. So etwas hat es vorher noch nie gegeben.

Was hat dich in den letzten fünf Jahren frustriert?
Ich bin bei meiner Arbeit immer wieder an Grenzen gestoßen – ob von Seiten des Bezirks oder des Senats. Neben einer besseren personellen Ausstattung wünsche ich mir auch mehr bezirkliche Befugnisse. Der Kontakt zwischen Bürger*innen und Staat findet vor allem vor Ort statt, hier bei uns. Deshalb darf man nicht nur den Senat mit Geld, Personal und Befugnissen ausstatten und die Bezirke immer weiter runterfahren. Bei uns zeigen sich die echten Probleme der Stadt – und bei uns müssen sie auch angegangen werden.

Was hat sich verändert, seit Du Sozialstadtrat in Neukölln bist?
Vor meinem Amtsantritt hatte die Abteilung für Soziales einen sehr schlechten Ruf. Die Mitarbeitenden fühlten sich vernachlässigt und zurückgesetzt, niemand interessierte sich für den Bereich. Mittlerweile haben wir ein ganz anderes Standing. Es wird anerkannt, dass wir eine wichtige Arbeit für den Bezirk leisten.

Ich bin auch überzeugt, dass die Wertschätzung für sozial benachteiligte Menschen im Amt gewachsen ist. Wir folgen jetzt stärker dem Grundsatz, dass wir hier sind, um diese Menschen zu unterstützen. Wenn man immer nur Leistungsanträge bearbeitet, aber nicht mit den Bürger*innen spricht, dann weiß man auch nicht, wie sie eigentlich in die schwierige Lage geraten sind – und was sie wirklich brauchen.

Das Interview führte Hannah König.

Am Rande der letztjährigen Fahrradddemo

Bernd Szczepanski ist seit 2011 Bezirksstadtrat für Soziales in Neukölln. Er blickt auf eine langjährige Erfahrung in diesem Bereich zurück. Bereits von 2001 bis 2006 war er als Bürgerdeputierter im Sozialausschuss der BVV, danach gehörte er dem Ausschuss fünf Jahre als Bezirksverordneter an. Auch neben seinem politischen Engagement war er ehrenamtlich an vielen Projekten und Initiativen im sozialen Bereich beteiligt. So war er etwa von 2008 bis 2011 Vorstandsmitglied beim Nachbarschaftsheim Neukölln und engagierte sich acht Jahre in der Sozialberatung des Vereins und als Lesepate in der Silberstein-Schule. Außerdem war er in der Gewerkschaft aktiv, ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht und mehr als 25 Jahre Betriebsratsvorsitzender in einem Berliner Unternehmen.

Unsere BVV-Kandidat*innen

Gabriele Vonnekold
Jahrgang 1952
Referentin im Abgeordnetenhaus

Mir liegt besonders der soziale Zusammenhalt in Neukölln am Herzen. Ich möchte, dass diejenigen, die diesen Bezirk nach dem Krieg wiederaufgebaut haben, genauso gut hier leben können, wie diejenigen, die später zugezogen sind. Jede*r soll ihren*seinen Platz in einer guten Nachbarschaft finden, niemand soll verdrängt werden und jede*r soll dem persönlichen Lebensentwurf folgen können.

Bernd Szczepanski
Jahrgang 1948
Verlagskaufmann

Ich möchte in der BVV meine Arbeit im sozialen Bereich fortsetzen, die ich als langjähriges Mitglied im Sozialausschuss und als Stadtrat für Soziales verfolgt habe. Dazu gehört ein wertschätzender Umgang mit Menschen, die Hilfe benötigen – egal ob im Sozialamt oder im Jobcenter. Dazu gehört auch, die Lebensbedingungen für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Samira Tanana
Jahrgang 1976
Sozialpädagogische Fachkraft

Neukölln ist ein multikultureller Bezirk. Ich möchte die verschiedenen Kulturen zusammenbringen und mich für den sozialen Frieden einsetzen. Vorurteile abzubauen gehört ebenso zu meinen Zielen, wie die Stärkung von Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem sollte Bildung für alle Menschen ohne großen Aufwand zugänglich sein. Ich möchte die Wünsche der Neukölln*innen in die Politik tragen und umsetzen.

Jochen Biedermann
Jahrgang 1979
Selbstständiger

Ich kämpfe in der BVV für eine Verwaltung, die auf der Seite der Neukölln*innen steht und gerade für die stark ist, die am Schwächsten sind. Eine Bezirkspolitik, die ihre Möglichkeiten gegen steigende Mieten, Luxusmodernisierung und Verdrängung endlich konsequent nutzt und nicht weiter auf Zeit spielt. Und ich möchte ein sicheres Neukölln – für Fahrradfahr*innen, Fußgänger*innen und spielende Kinder.

Ursula Künning
Jahrgang 1952
Diplomsozialpädagogin

Ich kandidiere für die BVV, um mich politisch dafür einzusetzen, dass Menschen nicht wegen Armut, Krankheit, Behinderung und/oder hohem Alter von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden. Neukölln soll ein Bezirk für alle Menschen bleiben, die unabhängig von Alter, Herkunft oder sexueller Orientierung friedlich und gleichberechtigt miteinander leben wollen.

Christian Hoffmann
Jahrgang 1962
Bodenkundler, Umweltingenieur

Der Boombezirk Neukölln benötigt Mäßigung und verantwortungsbewusstes Handeln. Ich werde mich in der BVV dafür einsetzen, dass der Neukölln*er Norden ein lebenswerter, bezahlbarer und sozial ausgewogener Kiez mit einer bunten Bevölkerungsmischung bleibt. Ich möchte, dass für die Bewohner*innen angemessene, attraktive Bildungs-, Freizeit- und Naturerfahrungsangebote bereitgestellt werden.

Sofie Krotter
Jahrgang 1986
Store Managerin

Ich möchte mich für den Erhalt des Tempelhofer Felds in seiner jetzigen Form einsetzen und werde ein waches und kritisches Auge auf eventuelle Bebauungspläne haben. Ein weiteres Ziel meiner Arbeit sehe ich durch meine langjährige Aktivität in der Anti-Atom-Bewegung im Einsatz unseres Bezirks für eine sozialverträglich gestaltete Umsetzung der Energieeffizienz und des Umstiegs auf erneuerbare Energien.

Bertil Wewer
Jahrgang 1959
Diplom-Betriebswirt

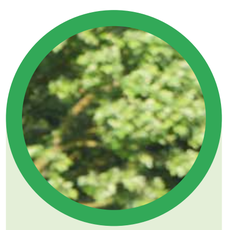
Das dringendste Thema in Neukölln sind für mich die hohen Mieten. Deshalb setze ich mich für Wohnungsbau auf knappem Baugrund ein. Auch die Unterbringung und Integration der Geflüchteten steht weiter auf der Tagesordnung. Ich bin für die Verlängerung der U7 von Rudow nach Schönefeld, ein QM-Gebiet in Neubritz sowie Tempo 30 auf den besonders durch Schadstoffe belasteten Abschnitten der Sonnenallee.

Karin Nadrowski
Jahrgang 1971
Biologin im Zweitstudium Medizin

Neukölln hat mit seiner Vielfalt ein enormes Potential, ein lebenswerter und beispielhafter Ort zu sein. Ich wünsche mir einen Bezirk, in dem sich Menschen gern aufhalten. Dafür brauchen wir eine Stärkung der nachhaltigen, schadstoffarmen und ungefährlicheren Verkehrsmittel. Für ein Neukölln mit guten Chancen für alle müssen wir außerdem in Bildung und soziale Infrastruktur investieren.

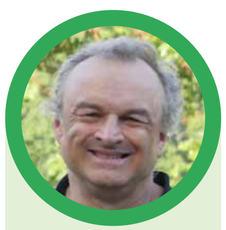
Ali Firat
Jahrgang 1980
Grundschullehrer

Neukölln ist bunt und genauso bunt soll auch unser Bezirksparlament werden. Unsere Vielfalt ist eine Chance für unseren Bezirk. Neukölln entwickelt sich weiter und hat noch großes Potenzial attraktiver zu werden. Gemeinsam mit euch möchte ich dazu beitragen, Neukölln grüner und sozialer zu gestalten.



Annette Heppel
Jahrgang 1974
Politikwissenschaftlerin

Ich will mich dafür einsetzen, dass die Verwaltung endlich besser ausgestattet wird, damit sie ihre Aufgaben im Sinne der Neukölln*innen erfüllen und z.B. die vorhandenen Instrumente gegen rasante Mietsteigerungen effektiv einsetzen oder bessere Bürger*innenbeteiligung durchführen kann. Und ich will dafür kämpfen, dass das Geld des Bezirks nachhaltiger ausgegeben wird und vor allem dort, wo es am nötigsten ist.



Wolfgang Ewert
Jahrgang 1960
Lehrer für Politik, Deutsch und Ethik

Neukölln muss weg von der Spaltung in gute und schlechte Menschen, die unter Buschkowsky Konjunktur hatte. Wir leben in einem multikulturellen Bezirk. Die Willkommenskultur muss zum Alltag gehören. Außerdem müssen wir die Armut, speziell die Kinderarmut, im Bezirk bekämpfen, denn das Fehlen gleicher Bildungschancen hat vor allem soziale Ursachen.

Außerdem auf unserer Liste:

Platz 13:	Platz 22:
Milena Oschmann	Andreas Audretsch
Platz 14:	Platz 23:
Christoph Kopp	Carola Scheibe-Köster
Platz 15:	Platz 24:
Rhea Niggemann	Stephan Clemens
Platz 16:	Platz 25:
André Schulze	Francisca Fackeldey
Platz 17:	Platz 26:
Christa Emde	Georg P. Kössler
Platz 18:	Platz 27:
Jan Stiermann	Christine Spannagel
Platz 19:	Platz 28:
Sibylle Steffan	Peter Klopp
Platz 20:	Platz 29:
Johan Arne Thies	Malika Meyer-Schwickerath
Platz 21:	Platz 30:
Meike Berg	Georg Bonsiepe

Alle Kandidaten siind per E-Mail zu erreichhen unter
vorname.nachname@gruene-neukoelln.de

ERFOLGE FÜNF JAHRE GRÜNER ARBEIT IN DER BVV

Opposition ist nicht nur Mist

Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu, fünf Jahre Arbeit in der BVV liegen hinter uns. In dieser Zeit hat die Grüne Fraktion viel für Neukölln erreicht. Wir haben zahlreiche Anträge eingebracht, Anfragen gestellt und immer wieder in Debatten für ein lebenswerteres Neukölln gestritten – etwa um die Verkehrspolitik zu verbessern, um unseren Bezirk sozialer zu machen, um Geflüchtete zu unterstützen, um chancengleiche Bildung für alle zu erreichen, um Umwelt- und Klimaschutz zu stärken oder Verdrängung und Gentrifizierung zu stoppen. Oftmals sind wir an der Blockadehaltung der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU gescheitert. Aber nach jahrelangem Drängen, Argumentieren und Überzeugen war die Fraktion mit vielen Anliegen schließlich doch erfolgreich. So gibt es etwa endlich Fortschritte beim Milieuschutz, den SPD und CDU lange Zeit abgelehnt haben (siehe Seite 1). Auch beim Thema Radverkehr kommt kurz vor der Wahl Bewegung in die BVV, unsere vielen Anträge und Anfragen für ein fahrradfreundlicheres Neukölln zahlen sich damit endlich aus.

Milieuschutz für Neukölln: Gegen Luxusmodernisierung und Verdrängung

In ganz Berlin steigen die Mieten dramatisch, besonders stark im Neuköllner Norden: bei Neuvermietung zwischen 2009 und 2014 um über 50 Prozent. Längst betrifft der Anstieg aber auch bestehende Mietverträge und immer mehr Menschen finden keine Wohnung mehr im Kiez, wenn sie umziehen müssen. Im Reuterkiez ist heute mehr als jede achte Wohnung überbelegt. Das erhöht den Druck auf die ohnehin dürftige Infrastruktur an Parks und Freiflächen, Spielplätzen und Kitas.

Mietrecht ist zum großen Teil Bundes- oder Landesrecht, auf Bezirksebene gibt es nur wenig Einflussmöglichkeiten. Eine ist Milieuschutz, mit dem insbesondere aufwendige Sanierungen verhindert werden können, deren Kosten die Mieter*innen zahlen. Seit 2009 setzen wir uns mit vielen Anträgen, Anfragen und Aktionen für die Einrichtung von Milieuschutzgebieten in Neukölln ein. Insbesondere den 2014 vom Mietenbündnis Neukölln (www.mietenbuendnis.de) initiierten Einwohner*innenantrag, den über 3500 Neukölln*innen unterzeichnet haben, haben wir von Anfang an unterstützt.

Nach jahrelangem politischen Tauziehen hat zumindest die Neukölln*er SPD endlich ihren Widerstand aufgegeben und im September 2015 der Einrichtung von Milieuschutzgebieten für den Reuterkiez sowie im November 2015 für den Schillerkiez zugestimmt. Die Umsetzung wurde jedoch bis Ende Februar 2016 verzögert, das notwendige Personal zur Umsetzung fehlte Monate später immer noch. Auch die Gebiete Flughafenstraße/Donaustraße, Rixdorf und Körnerpark/Rollberg erfüllen die Voraussetzungen für Milieuschutz. Unsere Anträge dazu wurden von SPD und CDU jedoch mehrfach abgelehnt, obwohl man damit umfangreiche und mietkostentreibende Modernisierungen schon mindestens seit Anfang des Jahres hatte verhindern können.

Auch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten des Milieuschutzes wird von ihnen weiter blockiert. So wurde unser Antrag "Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten" abgelehnt. Damit könnte der Bezirk zum Verkauf stehende Häuser selbst erwerben, auch zu Gunsten Dritter wie städtischer Wohnungsbaugesellschaften. Andere Bezirke nutzen das Vorkaufsrecht bereits aktiv – Neukölln verweigert sich selbst ersten Schritten. Das ist umso unverständlicher, als städtische Gesellschaften erklärtermaßen als Partner dafür bereit stünden.

Milieuschutz kann nur funktionieren, wenn der Bezirk alle rechtlichen Möglichkeiten auch nutzt. Stattdessen zeigt sich hier einmal mehr die andauernde Verweigerungs- und Verzögerungstaktik der SPD, wenn es um den Schutz von Mieter*innen vor Verdrängung geht. Umso wichtiger ist es für uns, dem Bezirk genau auf die Finger zu schauen und sich auch weiterhin für die Neukölln*er Mieter*innen einsetzen.

Mehr Fahrrad für Neukölln: Grüne Verkehrspolitik im Bezirk

Wir arbeiten für die Interessen von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen in Neukölln und können dabei wir eine ganze Reihe von Erfolgen vorweisen. So beruht z.B. der Umbau der Karl-Marx-Straße mit einem durchgängigen Fahrradstreifen auf jeder Fahrbahn auf einem Konzept der Grünen. Auf unsere Initiative hin wurde beschlossen, die Ausweisung des westlichen Teils der Weserstraße als Fahrradstraße zu prüfen, entsprechende Planungen am Weigandufer unterstützen wir ebenfalls. Die Planungen zur Asphaltierung der südlichen Oderstraße wurden von uns durchgesetzt. Auch für mehr Zebrastreifen haben wir uns erfogteich eingesetzt, unter anderem an der High-Deck-Siedlung.

Seit Jahren fordern wir, die bezirklichen Radrouten zu beschildern, eine Radspur auf der Hermannstraße einzurichten und die unfallträchtige Verkehrssituation am Hermannplatz endlich zu entschärfen. Sicheres Radfahren muss auch in Neukölln möglich sein. Wir kämpfen auch für mehr und bessere Abstellmöglichkeiten für Räder, damit sie nicht mehr überall an Straßenschildern, Ampeln und Geländern angeschlossen werden und so insbesondere mobilitätseingeschränkten Menschen das Leben erschweren.

Die jüngst erfolgte Ausweitung der Busspur auf der Sonnenallee, die von SPD-Stadtrat Blesing abgelehnt wurde, haben wir positiv begleitet. Wir setzen uns auch für verstärkte Kontrollen des ruhenden Verkehrs ein, damit vor allem Kinder und ältere Menschen nicht durch zugeparkte Gehwege und Kreuzungen behindert und gefährdet werden

Für ein soziales Miteinander in Neukölln

In Neukölln steigen die Mieten, aber die Einkommen vieler Neukölln*innen halten damit nicht Schritt. Deshalb war es einer unserer Schwerpunkte, zu verhindern, dass insbesondere Familien und ältere Menschen nicht aus ihren Kiezen verdrängt werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, Beratungsangebote für Bürger*innen auszubauen: mehr Personal im Sozialamt, Mieter*innenberatung in den Kiezen, Schuldner*innenberatung ohne lange Wartezeiten.

Auch wenn für vieles in der Sozialpolitik Bund und Länder zuständig sind, zeigt sich doch, dass es entscheidend ist, mit welcher Haltung im Bezirk Politik gemacht wird. Der grüne Sozialstadtrat Bernd Szczepanski hat nicht zuerst nach Zuständigkeiten gefragt, sondern nach Notwendigkeiten für die Menschen. So finden sich Spielräume, die genutzt werden können, und es entsteht Druck bei den wirklich Zuständigen.

Neukölln hat in den letzten Jahren im Sozialbereich deutliche Fortschritte gemacht: Es gibt wieder Sozialarbeiter*innen im Sozialamt, die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter wurde deutlich verbessert, Einrichtungen der Daseinsvorsorge wurden trotz knapper Kassen ausgeweitet und besser aufgestellt. Mehr über die Arbeit von Sozialstadtrat Szczepanski können Sie im Interview auf Seite 3 lesen.

Chancengleiche Bildung für alle Neukölln*innen

Bildung ist ein hohes Gut, doch leider gibt es in unserem Bezirk noch immer viele Schüler*innen, die keinen Abschluss erreichen. Hier versuchen wir gegenzusteuern und haben in der BVV viel erreicht, indem wir durch Anfragen und Anträge immer wieder Probleme zur Sprache bringen wie beispielsweise die Frage des Probejahrs an Gymnasien (siehe Seite 11).

Zu den Erfolgen unserer Fraktion zählen auch Erhalt und Ausbau von intensiven Sprachförderkursen an Neukölln*er Grundschulen sowie die Erstellung von Informationsmaterialien über Schule in leichter Sprache für funktionale Analphabeten. Und unsere Forderung, eine unabhängige Anlauf- und Beschwerdestelle für Diskriminierungsschutz an Schulen einzurichten, konnte mit Unterstützung der Grünen im Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht werden.

Darüber hinaus setzten wir uns ein für verbesserte Schulwegsicherung, kümmerten uns um den Schwimmunterricht an Neukölln*er Schulen, unterstützten das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und haben ein waches Auge darauf, dass die Schulneubauten der Clay-Oberschule sowie des Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums möglichst zügig vorangehen.

Geflüchtete in Neukölln: Für einen weltoffenen und vielfältigen Bezirk

Neukölln war auf die steigenden Flüchtlingszahlen denkbar schlecht vorbereitet – obwohl diese Entwicklung lange absehbar war, gab es viel zu wenig Unterbringungsmöglichkeiten. Wir haben von Anfang an darauf gedrängt, für die Geflüchteten würdige Unterkünfte zu schaffen und die Bevölkerung dabei einzubinden, sie gut zu informieren und Hilfsinitiativen zu unterstützen.

Die undurchsichtigen Verträge, die Verzögerungen der Genehmigung neuer Einrichtungen, Qualitätsmängel, besonders bei der Personalein-stellung einzelner Träger, die chaotischen Senatsplanungen und den Mangel an Verantwortung für die Zustände vor Ort haben wir regelmäßig in der BVV und ihren Ausschüssen auf die Tagesordnung gebracht. Der zuständige grüne Sozialstadtrat Bernd Szczepanski hat alles dafür getan, dass Missstände in Flüchtlingsunterkünften, Hostels und Turnhallen schnell abgestellt werden – obwohl es nicht in seiner Zuständigkeit liegt, drängte er so lange auf Lösungen, bis Mängel beseitigt oder Träger ausgetauscht wurden. Auch ehrenamtliche Helfer*innen hat das Sozialamt frühzeitig bei ihrer Arbeit unterstützt und eine gut funktionierende Koordinationsstelle eingerichtet.

Die grüne Fraktion hat sich auch für dezentrale Lösungen eingesetzt, vor allem für besonders Schutzbedürftige wie alleinstehende Frauen, Schwangere, Kinder, unbegleitete Jugendliche oder Menschen mit Behinderung.

Besseres Klima für Neukölln: Umweltschutz und Energieeffizienz im Bezirk

Initiativen zu Energieeffizienz und Klimaschutz werden in Neukölln meist mit Verweis auf die knappe finanzielle Ausstattung des Bezirks und die angespannte Personalsituation von vornherein abgelehnt. Dabei könnte Neukölln schon mit relativ geringen eigenen Mitteln hohe Summen an Fördermitteln von Bund und EU einwerben, mit denen teilweise 80 Prozent der Kosten gedeckt werden. Mit diesen Geldern könnte dann z.B. in energiesparende Beleuchtung und Beheizung der vom Bezirk verwalteten Gebäude investiert werden. Vorraussetzung und Grundlage dafür wäre ein eigenes Klimaschutzprogramm, das von einem Klimaschutzbeauftragten begleitet, überwacht und umgesetzt wird. Andere Bezirke machen längst vor, wie es geht.

Gemeinsam mit unserer AG Klimawandel haben wir ein bezirkliches Klimaschutzkonzept erarbeitet (gruenlink.de/1862) und dazu einen Antrag in die BVV eingebracht. Dieser wurde von der SPD-CDU-Mehrheit in BVV und Bezirksamt jedoch bisher stets abgelehnt, Anfragen zu diesen Themen ausweichend beantwortet. Dadurch gehen dem Bezirk hohe Summen an Fördermitteln verloren. Wir werden jedoch weiter dafür kämpfen, dass auch Neukölln seinen Beitrag zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen leistet.

Dies sind nur einige Beispiele unserer Arbeit für die Neukölln*erinnen und Neukölln*er. Einen ausführlicheren Rückblick auf die letzten fünf Jahre grüner BVV-Arbeit können Sie hier nachlesen: gruenlink.de/185z

Damit wir weiter dranbleiben können, brauchen wir auch in den nächsten fünf Jahren wieder eine starke Grüne Fraktion in der BVV.

KLEINES WAHLEN-EINMALEINS: #BVVNK

BVV kurz erklärt

Am 18. September haben Sie drei Stimmen zu vergeben: Zwei für das Abgeordnetenhaus, mit der dritten Stimme können Sie die Neukölln*er Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wählen. Sie bestimmen damit über die Anzahl und Größe der BVV-Fraktionen und die jeweilige Anzahl der Stadträt*innen für die Parteien. Die BVV-Wahl, die immer zusammen mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus stattfindet, ist eine reine Listenwahl, bei der man nur eine Stimme hat, mit der eine Partei oder Wählervereinigung gewählt wird. Mindestens 3 % der abgegebenen Stimmen sind notwendig, um Sitze in der BVV zu erlangen, Einzelkandidaturen von Personen sind nicht möglich, Überhang- oder Ausgleichsmandate gibt es nicht.

Eine BVV ist die direkt gewählte Volksvertretung auf Bezirksebene in Berlin. Sie besteht aus 55 Bezirksverordneten, ist wie das Abgeordnetenhaus (siehe S. 12) gegliedert in Fraktionen der Parteien und bearbeitet die verschiedenen Themen in zuständigen Ausschüssen. Unsere BVV ist also so etwas Ähnliches wie das Parlament von Neukölln – aber eben nicht ganz: Laut Berliner Verfassung (Art. 69–73) ist sie kein echtes parlamentarisches Gremium, sondern ein "Organ der bezirklichen Selbstverwaltung". Sie ist damit kein Teil der Gesetzgebung, sondern zweites Verwaltungsorgan.

Zu Beginn der Wahlperiode wählt sie die*den Bezirksbürgermeister*in und die Stadträt*innen, die dann gemeinsam das Bezirksamt mit den verschiedenen Abteilungen leiten und die laufenden Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Die*der Bürgermeister*in wird meist von der stärksten Fraktion gestellt. Es können sich aber auch andere Fraktionen zu einer Zählgemeinschaft zusammenschließen und ein*e Kandidat*in einer kleineren Fraktion wählen. Die weiteren Stadträt*innenposten werden auf der Grundlage des Wahlergebnisses nach einem speziellen Berechnungsmodell auf die Parteien verteilt und von der BVV lediglich bestätigt. So etwas wie eine Regierungskoalition und Opposition im parlamentarischen Sinne gibt es also nicht.

Auch wenn die BVVen „nur“ ein Verwaltungsorgan mit wenig Entscheidungsbefugnissen sind und die wichtigen Entscheidungen alle auf Landesebene getroffen oder zumindest bestätigt werden müssen (wie z.B. der Bezirkshaushalt), so kann doch auch auf bezirklicher Ebene gerade in kleinen Alltagsdingen viel entschieden werden, z.B. beschließt die BVV über Bebauungspläne im Bezirk. Und sie kann durch Anfragen jederzeit vom Bezirksamt Auskunft über alle Angelegenheiten verlangen.

Trotz aller Einschränkungen sind BVVen also wichtige Organe, die es den Bürger*innen ermöglichen, an der Gestaltung ihres Alltags im Bezirk mitzuwirken. Ausführlichere Informationen zu ihrer Entwicklung, Struktur und Arbeit finden Sie hier auf unserer Webseite: gruenlink.de/183z

Anja Kofbinger
Vermessungstechnikerin und Projektmanagerin, Jahrgang 1960

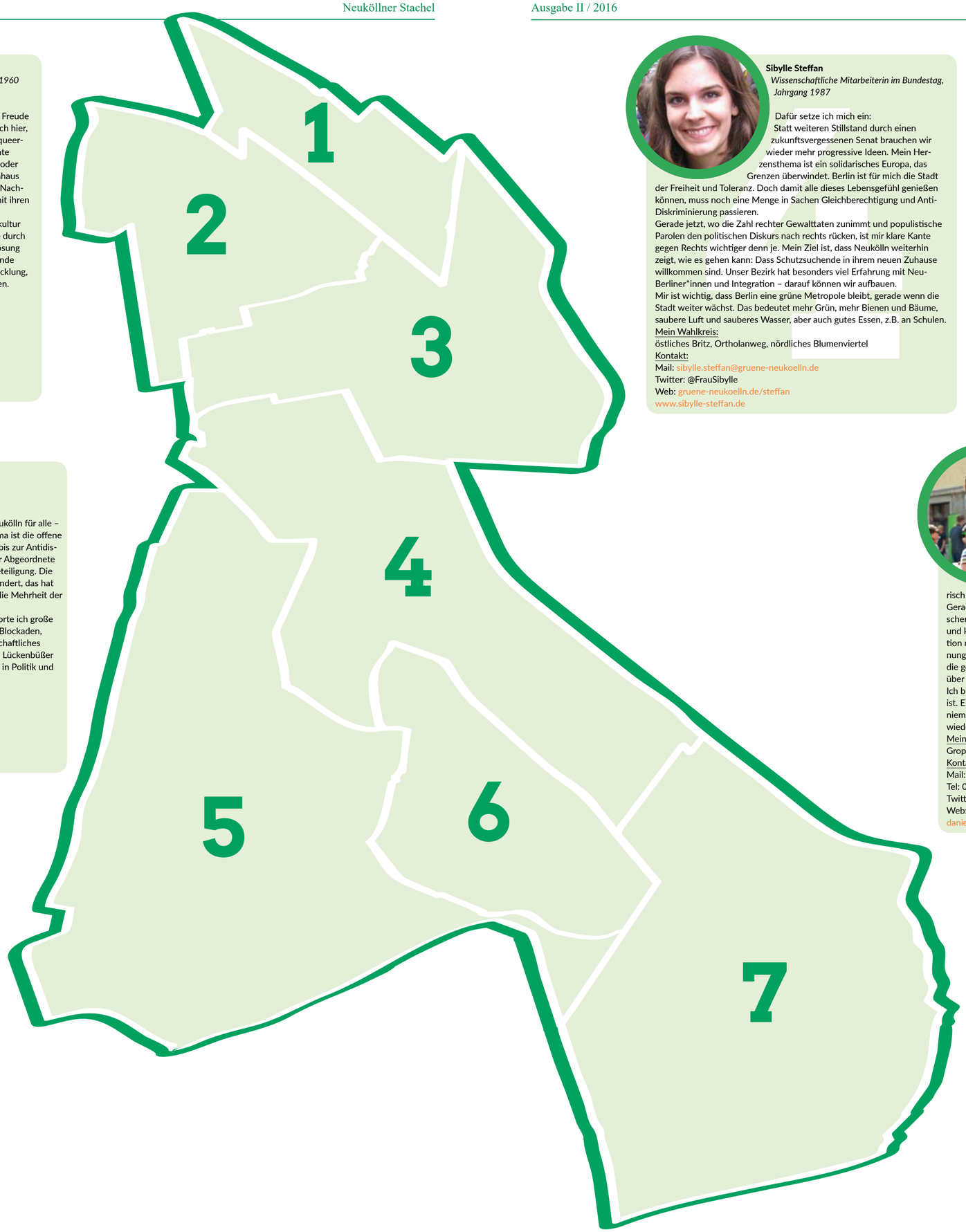
Dafür setze ich mich ein:
Seit zehn Jahren vertrete ich mit viel Engagement und Freude Neukölln im Abgeordnetenhaus – seit 17 Jahren lebe ich hier, Neukölln ist meine Heimat geworden. Als frauen- und queerpolitische Sprecherin meiner Fraktion kämpfe ich für echte Chancengleichheit, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Identität. Ich setze mich z.B. für ein weiteres Frauenhaus und mehr Zufluchtswohnungen ein, denn hier hat Berlin noch viel Nachholbedarf. Und im Petitionsausschuss sorge ich seit 2006 dafür, dass Bürger*innen mit ihren Problemen bei Behörden und Ämtern Gehör finden.
Ein wichtiges Thema in Nordneukölln sind die Spätis, die zu unserer lebendigen Kiezkultur gehören, aber durch das Sonntagsverkaufsverbot existentiell bedroht sind. Hier habe durch meine parlamentarische Initiative und beständiges Nachhaken den Boden für eine Lösung bereitet. Ich kämpfe für bezahlbare Mieten und gegen die immer bedrohlicher werdende Verdrängung der alteingesessenen Neuköllner*innen. Ich will eine positive Kiezentwicklung, bei der z.B. auch die Bedürfnisse von Senior*innen angemessen berücksichtigt werden.
Mein Wahlkreis:
Reuterkiez, östliches Rixdorf
Kontakt:
Mail: anja.kofbinger@gruene-neukoelln.de
Tel: 030/680 83 399
Web: gruene-neukoelln.de/kofbinger
www.kofbinger.de
Sprechstunde: jeden 2. Mittwoch im Monat, 17-18 h, Grünes Bürger*innenbüro, Wipperstr. 25, 12055 Berlin

Susanna Kahlefeld
Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, Jahrgang 1964

Dafür setze ich mich ein:
Ich will ein ökologisches, grüneres und gesünderes Neukölln für alle – nicht nur für die, die es sich leisten können. Mein Thema ist die offene Gesellschaft: Von ernsthafter Bürger*innenbeteiligung bis zur Antidiskriminierungspolitik. Seit 2011 arbeite ich als Neuköllner Abgeordnete an den Themen Arbeit, Integration, Religionspolitik und Beteiligung. Die Berliner*innen wollen mitbestimmen, wie sich ihre Stadt verändert, das hat nicht erst der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld gezeigt. Und die Mehrheit der Menschen will nach allen Umfragen eine sozialere und ökologischere Politik.
Als Sprecherin für "Partizipation und Gleichbehandlung von Migrant*innen" verantworte ich große Teile der Integrationspolitik unserer Fraktion und arbeite gegen die Hindernisse und Blockaden, die unser Zusammenleben erschweren. Als Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement setze ich mich dafür ein, dass bürgerschaftliches Engagement nicht zum Lückenbüßer für öffentliche Aufgaben wird und dass es auch dort erst genommen wird, wo es sich in Politik und Verwaltung einmischt.
Mein Wahlkreis:
westliches Rixdorf, Neuköllner Mitte, nördliche Schillerpromenade
Kontakt:
Mail: susanna.kahlefeld@gruene-neukoelln.de
Tel: 030/680 83 398
Web: gruene-neukoelln.de/kahlefeld
www.susanna-kahlefeld.de

Georg Kössler
Wissenschaftlicher Referent im Bundestag, Jahrgang 1984

Dafür setze ich mich ein:
Als geborener Berliner und überzeugter Neuköllner will ich Berlin zur Energiewende-Hauptstadt machen und zeigen, dass Klimaschutz auch sozial gerecht geht. Energie- und Sozialpolitik müssen gemeinsam gedacht werden. Mieterstrom von der hauseigenen Solaranlage kann billiger sein als aus der Steckdose, gutes Bauen senkt die Heizkosten und Energieeffizienz spart bares Geld. Doch die regierenden Parteien ignorieren dieses Thema. Sie lassen viele Fördergelder verfallen, obwohl damit auch öffentliche Gebäude wie z.B. Schulen saniert und Jobs für das lokale Handwerk gesichert werden könnten. Unser Neukölln ist spät dran — wir brauchen endlich ein eigenes Klimaschutzkonzept,
Wer so wie ich täglich Fahrrad fährt, schützt schon heute das Klima. Doch wir brauchen auch mehr Fahrradstreifen, bessere öffentliche Verkehrsmittel und mehr Platz für Fußgänger*innen und Radler*innen.
Das alles geht sozial gerecht und bezahlbar — aber nur, wenn die Politik sich das auch traut. Genau das will ich anpacken!
Mein Wahlkreis:
Körner-, Kranold- und Richardkiez und rund um die Köllnische Heide
Kontakt:
Mail: georg.koessler@gruene-neukoelln.de
Twitter: @GYGeorg
Tel: 0176/219 50 722 (gerne auch WhatsApp)
Web: gruene-neukoelln.de/koessler
www.georg-koessler.de
Sprechstunde: www.georg-koessler.de/kneipe



Sibylle Steffan
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag, Jahrgang 1987

Dafür setze ich mich ein:
Statt weiteren Stillstand durch einen zukunftsvergessenen Senat brauchen wir wieder mehr progressive Ideen. Mein Herzensthema ist ein solidarisches Europa, das Grenzen überwindet. Berlin ist für mich die Stadt der Freiheit und Toleranz. Doch damit alle dieses Lebensgefühl genießen können, muss noch eine Menge in Sachen Gleichberechtigung und Anti-Diskriminierung passieren.
Gerade jetzt, wo die Zahl rechter Gewalttaten zunimmt und populistische Parolen den politischen Diskurs nach rechts rücken, ist mir klare Kante gegen Rechts wichtiger denn je. Mein Ziel ist, dass Neukölln weiterhin zeigt, wie es gehen kann: Dass Schutzsuchende in ihrem neuen Zuhause willkommen sind. Unser Bezirk hat besonders viel Erfahrung mit Neu-Berliner*innen und Integration – darauf können wir aufbauen.
Mir ist wichtig, dass Berlin eine grüne Metropole bleibt, gerade wenn die Stadt weiter wächst. Das bedeutet mehr Grün, mehr Bienen und Bäume, saubere Luft und sauberes Wasser, aber auch gutes Essen, z.B. an Schulen.
Mein Wahlkreis:
östliches Britz, Ortholanweg, nördliches Blumenviertel
Kontakt:
Mail: sibylle.steffan@gruene-neukoelln.de
Twitter: @FrauSibylle
Web: gruene-neukoelln.de/steffan
www.sibylle-steffan.de

Wolfgang Ewert
Lehrer für Deutsch, Politik und Ethik, Jahrgang 1960

Dafür setze ich mich ein:
Berlin braucht endlich eine handlungsfähige Regierung, die die Aufnahme der Flüchtlinge menschenwürdig organisiert, Schulen und andere Gebäude zügig saniert und die Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft fördert, um die Ursache vieler Übel in der Stadt zu lindern: die Armut und ganz speziell die Kinderarmut.
Auch in unserem Bezirk muss hier unbedingt gegengesteuert werden: Wir brauchen neue Kitas und Schulen, damit alle gute Bildungschancen bekommen – unabhängig vom Geldbeutel. Statt Unsummen im BER zu versenken, müssen öffentliche Gelder vielmehr in die Förderung günstigen Wohnraums investiert werden, damit die Mieten auch für finanziell Schwächere bezahlbar sind.
In Neukölln geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen war ich bereits in den 1980ern für die Vorgängerin der Grünen, die Alternative Liste, Direktkandidat für Buckow und Mitglied der Neuköllner BVV. Nach mehrjähriger Pause hat mich die Frage der sozialen Gerechtigkeit wieder zurück zu den Grünen gebracht.
Mein Wahlkreis:
westliches Britz, Buckow
Kontakt:
Mail: wolfgang.ewert@gruene-neukoelln.de
Twitter: @WolfgangEwert
Facebook: wolfgang.ewert.7
Web: gruene-neukoelln.de/ewert

Daniel Wesener
Landesvorsitzender Grüne Berlin, Jahrgang 1975

Dafür setze ich mich ein:
Mein politisches Ziel ist ein Berlin, das frei und gerecht ist, für Neue und Neues offen bleibt und allen Menschen in dieser Stadt ein gutes Leben ermöglicht. Ein weltoffenes, tolerantes und vielfältiges Berlin, das offen und solidarisch ist gegenüber allen, die hierher kommen.
Gerade in Berlin steigen die Mieten seit Jahren rasant an und viele Menschen können sich das nicht mehr leisten. Doch Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware. Ich will die Berliner Mischung erhalten und die Spekulation mit Wohnraum beenden, deshalb kämpfe ich für eine soziale Wohnungspolitik und besseren Mieter*innenschutz. Und für eine Stadtplanung, die gerade in einer wachsenden Stadt auf echte Mitbestimmung setzt, statt über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden.
Ich bin davon überzeugt, dass in Berlin eine andere, bessere Politik möglich ist. Eine Politik, die in gute Bildung investiert, nicht in Prestigeprojekte. Die niemanden zurücklässt und dafür sorgt, dass Berlins Verwaltung endlich wieder funktioniert. Deshalb mache ich Politik.
Mein Wahlkreis:
Gropiusstadt, Buckow Nord
Kontakt:
Mail: daniel.wesener@gruene-berlin.de
Tel: 030/615 005 0
Twitter: @dpwes
Web: gruene-neukoelln.de/wesener
daniel-wesener.berlin

André Schulze
Diplom-Mathematiker, Jahrgang 1987

Dafür setze ich mich ein:
Für ein weltoffenes Berlin, das allen Menschen die Chance gibt, sich einzubringen und hier ihr Leben zu gestalten – unabhängig von Herkunft, Beruf, Einkommen oder Religion. Daher engagiere ich mich bei den Grünen u.a. für eine ökologischere Verkehrspolitik, gute Bildungschancen für alle, mehr soziale Gerechtigkeit und echte Bürger*innenbeteiligung sowie für eine funktionierende Verwaltung.
Das Eintreten für ein buntes und offenes Berlin bedeutet auch, sich jenen entgegenzustellen, die Menschen ausgrenzen, diskriminieren und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausspielen wollen – egal, ob sie nun AfD oder NPD heißen.
Ich bin in Rudow aufgewachsen, zur Schule gegangen und habe 20 Jahre hier gelebt. Nun trete ich als Direktkandidat an, weil ich die Rudower*innen für grüne Ideen und eine andere Politik begeistern will. Und mit ihnen dahin schauen, wo die offenen Fragen in Rudow liegen – ob beim Bau der Clay-Schule oder den Veränderungen durch die zukünftige Eröffnung des BER.
Mein Wahlkreis:
Rudow, südliches Blumenviertel
Kontakt:
Mail: andre.schulze@gruene-neukoelln.de
Web: gruene-neukoelln.de/schulze

MEHR MITBESTIMMEN – ECHTE BETEILIGUNG – MEHR DIREKTE DEMOKRATIE

Für eine neue politische Kultur

Jeder soll mitbestimmen können, wie der Kuchen verteilt wird.

Die Berliner*innen wollen mitbestimmen, wie sich ihre Stadt entwickelt und sich ihr Leben dadurch verändert. Das haben die Volksentscheide zur Offenlegung der Wasserverträge, zur Energie oder zum Erhalt vom Tempelhofer Feld gezeigt. Die Initiative Volksbegehren Fahrrad hat in kürzester Zeit ein Vielfaches der erforderlichen Unterschriften gesammelt, damit sich in der Stadt endlich etwas für die Fahrradfahrer*innen verbessert. Und auch ein demokratiepolitisch anspruchsvolles Begehren wie „Volksentscheid retten“ hat in nur zehn Wochen 70 000 Unterschriften sammeln können. Immer mehr Menschen kennen die Instrumente und beteiligen sich. Das ist gut für die demokratische Kultur in der Stadt. Wir wollen direkte Demokratie stärken und fordern außerdem einen „Stadtvertrag Beteiligung“.

Senat im Rückwärtsgang

Der Regierende Bürgermeister Müller hat nach dem erfolgreichen Volksentscheid zum Tempelhofer Feld vor dem „Missbrauch“ von Volksentscheiden gewarnt. Teile des Tempelhof-Gesetzes wurden durch die rot-schwarze Koalition bereits geändert. Die Koalition aus SPD und CDU hat außerdem beschlossen, dass der Senat künftig öffentliche Mittel „in angemessener Höhe“ in die Hand nehmen darf, um Kampagnen gegen Volksbegehren zu finanzieren. Das ist ein Misstrauensvotum der Koalitionsparteien gegenüber den Bürger*innen. Dazu passt, dass auch die Beteiligungsverfahren der Koalition nur Mittel zum Zweck sind, „Akzeptanz zu schaffen“.

Politische Kultur der Mitsprache statt Misstrauen gegen Bürger*innen

Bündnis 90/Die Grünen ist von Anbeginn an eine Partei der Initiativen und Bewegungen gewesen. Wir begrüßen es, dass es seit 2008 deutlich mehr direktdemokratische Initiativen in Berlin gegeben hat. Die politische Kultur in der Stadt hat sich dadurch verändert und ist breiter aufgestellt.

Dazu kommt das enorme Engagement der Berliner*innen für die Geflüchteten überall in der Stadt. Sie haben nicht nur für die Geflüchteten unendlich viel geleistet und die eklatanten Mängel der Senatspolitik ausgeglichen. Sie haben auch die schlechte Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und engagierten Bürger*innen tagtäglich erlebt. Engagement will gleichermaßen Mitbestimmung. Die aktuelle Situation hat grundsätzliche Mängel in der Berliner Ehrenamtsförderung sichtbar gemacht. Wir wollen bezirkliche Ehrenamtsbeauftragte und eine berlinweite Strategie, die die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und freiwillig Engagierten neu regelt.

Direkte Demokratie ergänzt die parlamentarischen Verfahren

Im Norden Neuköllns ist die Einführung von Milieuschutz mithilfe eines Einwohner*innenantrages durchgesetzt worden. Lange hatten SPD und CDU sich dagegen gesperrt. Es gebe, so die Argumentation, in Neukölln kein Milieu, das man schützen solle. Es war gut, dass die Bürger*innen selbst aktiv geworden sind.

Man sieht: Die Instrumente der direkten Demokratie ergänzen die parlamentarischen Verfahren. Für die Parlamente werden alle fünf Jahre Abgeordnete und Parteien gewählt. Dabei geht es um Programme und die Bestimmung der politischen Richtung. Mit Bürger*innenanträgen, Volksbegehren und Volksentscheiden können die Bürger*innen auch unabhängig von Wahlterminen und Parteiprogrammen Sachfragen direkt bestimmen. Sie werden selber aktiv und treiben den Meinungsbildungsprozess in der Stadt voran.

Wir unterstützen „Volksentscheid retten“

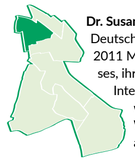
Bereits 2014 hatte unsere Abgeordnetenhausfraktion ein Maßnahmenpaket zur Stärkung direkter Demokratie in Berlin eingebracht. Da wir unsere Forderungen mit vielen Akteur*innen und Fachleuten in der Stadt diskutiert haben, wundert es nicht, dass auch die Initiative „Volksentscheid retten“ nun sehr ähnliche Maßnahmen zur Abstimmung stellt.

Wir wollen, dass Abstimmungstermine für Volksentscheide immer auf Wahltermine zu legen sind – es sei denn, die Initiative spricht sich dagegen aus. Das Volksbegehren Energie ist daran gescheitert, dass der Senat dafür geschickt einen Termin kurz nach der Bundestagswahl gewählt hat. So wurde zwar eine Mehrheit erreicht, aber das Quorum nicht erfüllt.

Wir wollen die erfolgreichen Gesetze vor der Änderung durch das Abgeordnetenhaus schützen, indem wir ein Referendum einführen. Das Tempelhof-Gesetz hat die Koalition durch eine Abstimmung im Plenum einfach wieder geändert.

Wir wollen die Quoren für alle Stufen der Volksbegehren und -entscheide senken und wir fordern, dass alle Berliner*innen ab 16 Jahren abstimmungsberechtigt sind – unabhängig vom Pass.

Susanna Kahlefeld



Dr. Susanna Kahlefeld ist Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache. Sie ist seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses, ihre Schwerpunktthemen sind Integration und Partizipation. 2011 wurde sie direkt gewählt im Wahlkreis 2, für den sie erneut antritt.

DIE AUTOGERECHTE STADT IST EINE SACKGASSE

Verkehrswende von unten

Als die Initiative Volksentscheid Fahrrad im Dezember vergangenen Jahres mit ihrer Vision einer fahrradgerechten Hauptstadt an die Öffentlichkeit trat, haben wohl die wenigsten geahnt, wie schnell die öffentliche Diskussion neuen Schwung aufnehmen würde. Doch ein Blick auf Berlins Straßen genügt, um zu erkennen, warum das Team den Nerv der Zeit getroffen hat: Unzählige Radler*innen bahnen sich tagtäglich ihren Weg durch den Großstadtdschungel. Eigentlich ein kleines Wunder, denn holprige Radwege, fehlende Abstellmöglichkeiten und gefährliche Hauptstraßen wirken eher so, als wolle die Regierungskoalition dies um jeden Preis verhindern. Doch gesunde und nachhaltige Mobilität ist längst Teil eines Lebensgefühls vieler Berliner*innen geworden, die das Konzept der autogerechten Stadt infrage stellen. Für sie sollte die urbane Metropole des 21. Jahrhunderts lebenswert gestaltet sein, woran sich auch die Ziele des Radentscheids klar orientieren:

Die zehn Kernziele des Radverkehrsgesetzes (RadG)

- 350 km sichere Fahrradstraßen auch für Kinder
- 2 m breite Radverkehrsanlagen an jeder Hauptstraße
- 25 gefährliche Kreuzungen pro Jahr sicher umgestalten
- Transparente, schnelle Mängelbeseitigung
- 200 000 Mal Fahrrad-Parken an ÖPNV-Halten und Straßen
- 50 Grüne Wellen fürs Fahrrad
- 100 km Radschnellwege für den Pendlerverkehr
- Fahrradstaffeln und eine „SoKo Fahrraddiebstahl“
- Mehr Planerstellen und zentrale Fahrradabteilungen
- Berlin für mehr Radverkehr sensibilisieren

Unterstützung gesucht
Du hast Lust, Dich beim Radentscheid zu engagieren und den Radverkehr in Berlin voranzubringen? Dann hilf dem Radentscheid ehrenamtlich! Wir sind ein tolles Team mit viel positiver Energie und freuen uns auf Deine Ideen und Fähigkeiten, mit denen Du unsere Initiative bereichern kannst. Alle wichtigen Infos dafür findest Du auf www.volksentscheid-fahrrad.de/mitmachen.
Für ihre Arbeit braucht die Initiative nicht nur fleißige Ehrenamtliche, sondern auch Geldspenden – zum Beispiel für Materialien. Der Radentscheid ist dankbar für jede kleine oder große Spende.
Empfänger: Netzwerk Lebenswerte Stadt e.V.
IBAN: DE67 1002 0500 0001 4944 00
BIC: BFSWDE33BER
Betreff: Volksentscheid Fahrrad

Foto: Volksentscheid Fahrrad/Norbert Michalke

Notwehr gegen Senatsversagen

In Bezug auf die Förderung des Radverkehrs versagt der Senat auf ganzer Linie. Die Berliner Verkehrspolitik, seit 1999 fest in der Hand der SPD, ist geprägt von leeren Versprechungen. So wurde bereits 2004 mit der „Radverkehrsstrategie“ des Senats die Verkehrswende zugunsten des Umweltverbundes angekündigt. Auf die Umsetzung des Plans warten die Berliner*innen jedoch bisher vergeblich. Zeitgleich ist die Zahl der verletzten und getöteten Radfahrenden seit 2010 deutlich angestiegen, nicht zuletzt auch aufgrund fehlender oder mangelhafter Radverkehrsinfrastruktur. Dabei ist sichere und nachhaltige Mobilität eine der größten Herausforderungen der wachsenden Stadt, da ohne grundlegende Veränderungen der Verkehrskollaps auf den Straßen droht.

Daher nehmen die Initiator*innen des Radentscheids die Sache selbst in die Hand und haben in einem basisdemokratischen Verfahren das „Gesetz zur Förderung des Radverkehrs in Berlin“ (RadG) erarbeitet, mit dem der Senat notfalls auch zu einem Umlenken in seiner Verkehrspolitik gezwungen werden soll. Doch die Hürden für die Durchführung eines Volksentscheides, die je nach Bundesland stark variieren, sind in Berlin besonders hoch. Den ersten der drei Schritte haben die Unterstützer*innen der Initiative bereits erfolgreich absolviert. Innerhalb von drei Wochen haben sie mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt – fünfmal so viele wie nötig gewesen wären. Jetzt ist das Berliner Abgeordnetenhaus am Zug, das spätestens im Oktober über den Gesetzesvorschlag der Initiative abstimmen muss. Lehnt es diesen ab, muss das Team des Radentscheids Anfang 2017 mehr als 170 000 gültige Unterschriften sammeln. Erst dann sind die Voraussetzungen für einen Volksentscheid erfüllt, bei dem alle wahlberechtigten Berliner*innen die Möglichkeit erhalten, über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Mehrheit steht hinter dem Volksentscheid

Bereits der 2014 erfolgreich durchgeführte Volksentscheid zur Erhaltung des Tempelhofer Feldes hat eindrucksvoll gezeigt, dass die aktuelle Regierungskoalition oftmals an den Interessen der Bürger*innen vorbeiregiert. In einer repräsentativen Umfrage des RBB gaben 62 Prozent der Befragten an, der grundsätzlichen Forderung der Initiative nach einer besseren Förderung des Radverkehrs zuzustimmen. Insbesondere Verkehrssenator Andreas Geisel (SPD) scheint dieses Ergebnis sichtlich überrascht zu haben. Statt die Idee des Volksentscheids weiter als radikalen Plan einzelner Utopist*innen zu diskreditieren, wie er es zu Beginn des Jahres tat, sucht er nun öffentlich den Dialog mit den Initiator*innen. Es bleibt abzuwarten, ob es sich um mehr als nur ein taktisches Wahlkampfmanöver handelt. Denn eins ist klar: Das Team des Radentscheids wird nicht aufhören, ehe eine umfangreiche Radverkehrsförderung in Berlin gesetzlich verankert wurde.

Philipp Sanderhoff

WAS BRAUCHT EINE MODERNE VERWALTUNG FÜR BERLIN?

Fatal System Error – Update erforderlich!

Keine Termine im Bürger*innenamt, Terminchaos im LAGeSo und zuletzt die Diskussion, ob die Wahlen am 18.09. überhaupt stattfinden können – die Liste der Probleme in der Berliner Verwaltung ist so lang wie die Schlange vor den Bürger*innenämtern. Doch wie konnte es so weit kommen? Berlins Verwaltung ist in vielen Bereichen am Limit. Kein Wunder, denn trotz wachsender Bevölkerung wurde auch in den letzten Jahren noch fleißig weiter gespart. Nach 15 Jahren „Sparen bis es quietscht“ fehlen Personal und Finanzmittel, damit die Verwaltung ihre Aufgaben erledigen kann.

Personalbestand fit machen

Dabei sind insbesondere die Bezirke durch den Kahlschlag des Personals betroffen. Im Vergleich zu 2006 haben sie nur noch knapp 80 % ihres Personalbestandes – während die Landesverwaltungen noch 99 % des damaligen Bestandes aufweisen. Gleichzeitig wurde eine Vielzahl von Aufgaben, insbesondere im Bereich des Ordnungsamtes, aber z.B. auch bei der Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbots für Wohnungen, auf die Bezirksämter verlagert. Meist wurde für die wachsenden Aufgaben aber kein neues Personal zur Verfügung gestellt.

Dadurch sind viele (Bezirks-)Verwaltungen heute weit über ihre Leistungsfähigkeit hinaus beansprucht worden. Ganz offensichtlich wird das, wenn man versucht einen Termin im Bürger*innenamt zu ergattern oder ewig auf Wohn- oder Elterngeld wartet. Aber auch an anderer Stelle hat der Personalmangel verheerende Folgen: Freie Träger können nicht in ihrer Arbeit kontrolliert werden, fehlende Planer*innen verlangsamen die Umsetzung bezirklicher Bauvorhaben, Fördermittel können nicht abgerufen werden.

Um diese Zustände zu beenden, braucht es zügig Neueinstellungen in der Verwaltung und zusätzliche Ausbildungsplätze, denn qualifiziertes Personal ist vielfach schwer zu bekommen. Dafür ist auch die schlechte Bezahlung verantwortlich – Berlin ist hier Schlusslicht unter den Bundesländern. Daher wollen wir bis 2022 eine schrittweise Anpassung der Entlohnung erreichen, denn auch Berlin befindet sich im Wettbewerb um qualifiziertes Personal.

Eine zusätzliche Herausforderung stellt die Tatsache dar, dass bis 2020 über 25 000 Beschäftigte die Verwaltung altersbedingt verlassen werden. Deren Kompetenzen und Wissen dürfen aber nicht einfach verloren gehen. Bei der heutigen Dauer von Besetzungsverfahren, die sich häufig über Monate ziehen, sind die bisherigen Mitarbeiter*innen aber bereits im Ruhestand, wenn die Stelle nachbesetzt wird. Wir wollen mehr Wissenstransfer durch zeitweise Doppelbesetzungen, damit Einarbeitung durch die Vorgänger*in möglich ist und Kompetenzen nicht einfach verloren gehen. Außerdem wollen wir Bewerbungs- und Ausschreibungsprozesse stärker standardisieren, die Rechte der einzelnen Verwaltungen bei der Bewertung von ausgeschriebenen Stellen stärken und E-Recruiting-Verfahren ausbauen. Gemeinsam mit einem Personalentwicklungskonzept wollen wir so den Personalbestand Berlins fit für die Zukunft machen.

Prozesse digitalisieren und gemeinsame IT-Standards schaffen

Fit für die Zukunft bedeutet aber auch: Mehr Digitalisierung in der Berliner Verwaltung! Wie Digitalisierung heute aussieht, zeigte die verspätete Systemumstellung vieler Verwaltungssysteme, die noch auf Windows XP liefen. Oder im Frühjahr 2016, als die Tatsache, dass die Bezirksverwaltungen 18 verschiedene Softwarelösungen nutzten, um den Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu erfassen, dessen landesweite Erhebung durch die Senatsverwaltung erschwerte. Hier muss sich etwas ändern!

Die flächendeckende Einführung der elektronischen Aktenführung muss in der nächsten Legislaturperiode endlich auf die Tagesordnung. Aktenchaos wie im LAGeSo, wo viele Kolleg*innen eigenem Bekunden nach als „Sucher“ eingesetzt wurden, hat dann ein Ende. Die E-Akte ist wichtige Voraussetzung dafür, dass weitere Prozesse digitalisiert werden können und auch der Onlineservice für Bürger*innen ausgeweitet werden kann. Außerdem müssen verbindliche IT-Standards geschaffen werden, um die Kompatibilität der Systeme zu gewährleisten und gleichzeitig die vorhandenen und geplanten IT-Fachverfahren in die Konzeption einzubeziehen.

Damit Berlin wieder funktioniert!

Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung schnell wieder flottgemacht wird! Sie ist das Rückgrat der politischen Handlungsfähigkeit in dieser Stadt und ein wichtiger Ansprechpartner für die Berliner*innen. Nur mit einer leistungsfähigen Verwaltung können politische Ziele wie beim Zweckentfremdungsverbot, der Beschleunigung von Neubauvorhaben oder der Schulsanierung umgesetzt werden. Daher muss diese Aufgabe hohe Priorität nach der Wahl genießen!

André Schulze

André Schulze ist Diplom-Mathematiker. Seine Schwerpunktthemen sind Verwaltungsmodernisierung und der Kampf gegen Rechtsextremismus. Er ist Mitglied im Aktionsbündnis Rudow und tritt an für den Wahlkreis 7.

Papierberge - In Zukunft digital? Foto: Christian Schnettelker/CC BY 2.0

UNSER PROGRAMM FÜR NEUKÖLLN

Gerecht, miteinander, grün!

Neukölln wandelt sich rasend schnell. Jetzt ist die Zeit, den Wandel zu gestalten und Schwierigkeiten zu meistern – gemeinsam mit den Menschen, die hier leben. Neuköllner*innen heißen geflüchtete Menschen willkommen, stellen sich Nazis und rechtem Denken entgegen und treten ein für Milieuschutz, bezahlbare Mieten und Fahrradstraßen, für mehr Bäume, mehr Grün und bessere Schulen. Wir freuen uns darüber, dass sich immer mehr kleine Unternehmen ansiedeln, dass die queere Szene in Neukölln wächst und dass viele Menschen den Bezirk mitgestalten. Sie alle beweisen jeden Tag: Neukölln ist viel mehr als ein sozialer Brennpunkt.

Mit ihnen gemeinsam wollen wir ein Neukölln schaffen, in dem alle zuhause sind und gut leben können. Um das zu erreichen, braucht es eine Politik, die anpackt. Seit über 35 Jahren machen wir Grüne Politik in Neukölln. Wir konnten in dieser Zeit nicht alles umsetzen, was wir uns gewünscht hätten, aber wir haben viel bewegt – in kleinen Schritten und oft gegen große Widerstände. Auch für die kommenden fünf Jahre haben wir viel vor: Das ganze Programm gibt's auf unserer Webseite www.gruene-neukoelln.de.

Das sind unsere neun grünen Schlüsselprojekte:

1. Zusammenleben in Neukölln – solidarisch und bunt

Mietpreisentwicklung in Neukölln durch ein Milieuschutzgebiet bis zum Teltowkanal eindämmen!

Wir wollen die bezirklichen Möglichkeiten gegen rasant steigende Mietpreise nutzen und uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten starkmachen. Der jahrelange Druck auf die SPD und CDU muss trotz erster Erfolge aufrechterhalten werden, um in möglichst vielen betroffenen Gegenden zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum beizutragen.

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit durch mehr Spielraum bei der Mietkostenübernahme bekämpfen!

Immer mehr Neuköllner*innen geraten in Wohnungsnot. Wir wollen Menschen aus der Mietschuldenfalle befreien und eine Offensive gegen Zwangsräumungen starten. Dazu müssen die Spielräume bei der Übernahme von Kosten der Unterkunft voll ausgeschöpft und Mietschulden viel häufiger vom Jobcenter übernommen werden.

Durch ein Willkommenszentrum im Bezirksamt einen guten Start in Neukölln ermöglichen!

Dank der Europäischen Freizügigkeit kommen Menschen aus ganz Europa zu uns. Wir wollen durch eine Anlaufstelle die Hürden für die Ankommenden abbauen: Durch mehrsprachige Beratung soll ihnen unkompliziert geholfen werden, etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen oder der Vermittlung von Sprachkursen.

2. Grünes Neukölln – ökologisch und gesund

Mit einem nachhaltigen Konzept den Klimaschutz in Neukölln intelligent vorantreiben!

Wir wollen ein Klimaschutzkonzept für Neukölln entwickeln. Dadurch schaffen wir die Grundlage für intelligenten und nachhaltigen Klimaschutz und holen Fördergelder des Bundes nach Neukölln. So wollen wir zum Beispiel alle Schulen auf geförderte LED-Lampen umrüsten. Kleine Investitionen führen zu großen Einsparungen und schützen das Klima.

Mit mehr Bäumen, Grünflächen und Bienen wächst Neukölln grün!

Mit uns gibt es mehr Grün: Wir wollen für jeden gefällten Baum eine Neupflanzung – und zwar in der Nähe des gefällten Baumes. Außerdem wollen wir die Begrünung von Fassaden und Dächern sowie die Bienenhaltung in Neukölln fördern. Denn sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und zur Artenvielfalt.

Mit mehr Fahrradstraßen in Neukölln ein Gegenmodell zum Autochaos aufzeigen!

Dieses Jahr wurden die ersten Fahrradstraßen in Neukölln beschlossen. Diese sollen zeigen, wie Stadtverkehr jenseits von Staus und Abgasen anders, besser und nachhaltiger funktionieren kann. Diesen Weg wollen wir weitergehen und uns für weitere Fahrradstraßen einsetzen. Durch die Beteiligung der Neuköllner*innen wollen wir die genaue Ausgestaltung planen und umsetzen.

3. Neukölln – Chancen schaffen, Möglichkeiten nutzen

Mit einem Familien-Service-Büro das Ämter-Hopping beenden!

Es gibt unzählige Angebote, auf die Familien mit Kindern zurückgreifen können: vom Kindergeld über Kita-Gutscheine bis zu günstigen Freizeitaktivitäten. Der Hürdenlauf von Amt zu Amt verhindert aber leider, dass sie in Anspruch genommen werden. Darum wollen wir ein Familien-Service-Büro einrichten: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten!

Durch längeres gemeinsames Lernen bessere Bildungschancen für alle schaffen!

Schwächere Schüler*innen werden in Neukölln viel zu oft einfach aussortiert: im Probejahr am Gymnasium, in den Umsteiger*innenklassen an Sekundarschulen oder in ethnisch getrennten Klassen. Wir wollen diese Ausgrenzung beenden und durch gemeinsames Lernen Bildungschancen verbessern. Langfristig soll die Gemeinschaftsschule zur Regelschule werden.

Mit Gender Budgeting im Neuköllner Haushalt die Gleichstellung von Frauen vorantreiben!

Leider wird bei der Haushaltsplanung immer noch nicht ausreichend auf die Gleichstellung von Männern und Frauen geachtet, auch in Neukölln. So profitieren beispielsweise noch immer größtenteils Jungen von der aktuellen Sport- und Wettkampfförderung. Das muss sich ändern. Wir wollen den Haushalt auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen und Mitarbeiter*innen im Bezirksamt so schulen, dass das Geld künftig auch da ankommt, wo es Mädchen und Frauen zugutekommt.

Politische Arbeit gerade auf lokaler Ebene funktioniert nicht ohne viel Engagement und Ehrenamt – aber eben auch nicht ohne Geld. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, freuen wir uns über eine Spende auf folgendes Konto:
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berliner Sparkasse, BIC: BELADEBEXXX
IBAN: DE29 1005 0000 1470 0055 29

WER EINE ÖKOLOGISCHE STADT WILL, MUSS DAS SOZIALE MITDENKEN

Öko ist gerechter

Berlin wächst – nirgends wird das so deutlich wie in unserem Bezirk Neukölln. Immer mehr Menschen wollen hier leben. Ich verübele es ihnen nicht, denn ich bin damals auch vom Stadtrand nach Nord-Neukölln gezogen. Zuwachs kann eine Chance sein, wenn die Politik sich traut, ihm eine Richtung zu geben.

Ich will ins Berliner Abgeordnetenhaus, denn es gibt drei große Herausforderungen, vor denen unser Bezirk und unsere Stadt stehen: Das Abbremsen des Mietenanstiegs, die Schaffung von neuem bezahlbaren Wohnraum und die Transformation in eine nachhaltige Stadt. Beim Meistern dieser Herausforderungen wird es wichtig sein, nachhaltige Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.

Der erste Schritt zu mehr Sicherheit Lebensqualität und Klimaschutz könnte so aussehen. Foto: Genaume Habenat

Eine nachhaltige Stadt entsteht nicht von alleine

Umweltpolitik und echter Klimaschutz werden von SPD und CDU bisher nicht ernst genommen. Das ist fatal. Zwei Beispiele:

Auf Straßen und Gehwegen gibt es großes Gedränge, weil sich Autos, Räder und Fußgänger den engen Raum teilen müssen. Dass immer mehr Menschen aufs Rad umsteigen, ignoriert der Senat. Konflikte sind unvermeidbar. Dabei ist doch klar: Berlin muss bald seine CO2-Emissionen komplett vermeiden. Da wird es zwischen einigen Elektro-Autos und Bussen einfach viel mehr Fahrräder geben. Also warum beginnt der Senat nicht schon heute mit dem schrittweisen Umbau der Verkehrsinfrastruktur?

Das Berliner Wasser wird zum Problem. Nicht nur die Brandenburger Tagebaue verpesten es mit Sulfaten (was unsere Wasserpreise ansteigen lässt). Bis zu 50 Mal im Jahr läuft unsere Kanalisation über, spült Dreck und Fäkalien in die Spree. Schuld ist nicht nur der Klimawandel, durch den es zu mehr Starkregen kommt, sondern vor allem die mangelnden Abflussmöglichkeiten. Alles ist zu betoniert!

Umweltgerechtigkeit ernster nehmen

Es ist ein billiges Vorurteil, dass Umweltpolitik nur etwas für Wohlhabende ist. Umweltpolitik braucht man vor allem dort, wo die Autos stinken, die Ringbahn am Schlafzimmerfenster vorbei rauscht und ruhige Parks weit entfernt sind – also da, wo auch die Mieten niedrig sind. Wer Geld hat, zieht in ruhige Seitenstraßen – alle anderen erkaufen sich ihre geringe Miete teuer: Lärm, Luft und mangelndes Grün verringern Wohlbefinden, Gesundheit und damit die Lebenszeit. In Neukölln fallen mir sofort solche Ecken ein: Silbersteinstraße, Karl-Marx-Strasse, Weiße Siedlung (Daten: gruenlink.de/17jq). Doch von Bezirk und Senat gibt es keine Programme mit Schwerpunkten in diesen Gebieten. So lange aber Umwelt- und Sozialpolitik nicht zusammen gedacht werden, wird sich auch nicht viel ändern.

Privatisierung des öffentlichen Raumes stoppen

Ein trauriger Nebeneffekt der bisherigen Politik ist auch, dass Beton fast immer in Privateigentum ist, während bedrohte Grünzüge meist öffentlich zugänglich bzw. gemeinschaftlich genutzt sind. Deutlich wurde das beim Tempelhofer Feld, aber auch die Bedrohung des Neuköllner Gemeinschaftsgartens „Prachttomate“ (www.prachttomate.de) steht exemplarisch für die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raumes, die mit einer rigorosen Betonpolitik einhergeht. Der Kampf um Grün in der Stadt ist auch ein Kampf um öffentlichen Raum.

Politik muss sich auch mal was trauen!

Es gibt also viel zu tun, die Stadt muss sowieso umgestaltet werden – warum beginnen wir nicht heute schon damit? Es braucht eine Wasserstrategie, einen Lärm-Aktionsplan, den Kohleausstieg, tausende begrünte Dächer, besseren Nahverkehr, mehr Fahrradwege und eine Ausweitung der Umweltzonen. Dabei werden wir es nicht immer allen recht machen. Sorry, nicht jeder Parkplatz wird erhalten bleiben können. Aber mir ist wichtig, dass die Gewinner*innen einer grünen Umweltpolitik die sind, die sonst nicht gerade zu den Gewinner*innen zählen. Deshalb kämpfe ich für mehr Umweltgerechtigkeit in den kommenden fünf Jahren!

Gerade für unser Neukölln haben wir Grüne eine Menge Ideen. Mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen in Nebenstraßen, eigenen Fahrradstraßen und -streifen wollen wir Neukölln sicherer, leiser und klimafreundlicher machen. Unser Bezirk braucht endlich auch ein eigenes Klimaschutzkonzept, damit er sich auf die vielen Fördergelder bewerben kann und in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investiert wird. Für jeden gefällten Baum muss es einen neuen geben – und zwar in der unmittelbaren Nähe! Zudem fordern wir die Begrünung von Fassaden, Baumscheiben und Dächern. Die bezirklichen Grünflächen wollen wir für alle Neuköllner*innen lecker machen, indem dort Obstbäume gepflanzt werden.

All das sind kleine Schritte, doch sie erfordern großes Umdenken. Und das ist nötig, wenn wir Berlin lebenswert erhalten, das Klima retten und die Ungerechtigkeiten bekämpfen wollen. Die Stadt muss ihre begrenzten finanziellen und personellen Mittel ausweiten, umsteuern und schlau investieren. Rot-Schwarz hat schon genug Geld verpulvert. Es wird Zeit für Grünes Umsteuern in Berlin und in Neukölln – nur so kann Berlin die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.

Georg Kössler

Georg Kössler ist wissenschaftlicher Referent für Energiepolitik im Bundestag, Klima-Aktivist und Sprecher der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Energie. Er tritt an für den Wahlkreis 3.

VON GUTEM ESSEN UND GROSSER VERANTWORTUNG

Was wir essen, sollte mehr als nur schmecken

Trauben müssen nicht einmal um die Welt reisen, um auf unseren Tellern zu landen. Foto: CC0

Was wir auf unseren Tellern wollen

Die Soja-Bohnen unseres veganen Bio-Schnitzels sind nicht selten um die ganze Welt gereist, Handwerksbäcker verschwinden aus dem Stadtbild und durch die Schulkantine weht der Duft von Frittenfett. Dabei legen doch immer mehr Menschen Wert auf Bio-Qualität und auf regionale Lebensmittel, die gerade Saison haben. Nicht wenige sind dafür auch bereit, etwas tiefer in die Tasche zu greifen. Wo liegt also das Problem?

Schon jetzt ist Berlin der größte Bio-Absatzmarkt Europas. Doch kann der Bedarf an Bio-Lebensmitteln längst nicht aus dem Berliner Umland gedeckt werden. Anstelle von Höfen, die ihre Produkte veredeln und direkt nach Berlin vermarkten, finden sich besonders im Osten Deutschlands riesige Agrarfabriken. Auf Export ausgerichtet liefern sie ihre billig produzierten Nahrungsmittel nicht nur auf den europäischen Binnenmarkt, sondern auch in die USA oder nach Asien.

Bäuerliche Betriebe sterben

Bäuerliche Betriebe können im Wettbewerb mit der Agrarindustrie nicht mithalten. Allein in den letzten gut 20 Jahren haben 90 Prozent der Kleinbetriebe dichtgemacht. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ist dabei jedoch gleich geblieben. Dieser Strukturwandel führt dazu, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung auf dem Land verloren gehen. Und das Einkommen der Landwirt*innen ist mager, da die Preise, die unsere konventionellen Lebensmittel im Supermarkt erzielen, im europäischen Vergleich äußerst niedrig sind – auch aufgrund des harten Wettbewerbs durch Discounter im Einzelhandel.

Ein krankes System zulasten sich entwickelnder Länder

Der Strukturwandel ist Folge einer verfehlten Agrarpolitik, die von Lobbyinteressen großer Agrarbetriebe stark beeinflusst ist. Statt mit öffentlichen Geldern kleinen Betrieben unter die Arme zu greifen, wird damit umfangreicher Bodenbesitz belohnt. Je mehr Fläche, desto mehr öffentliches Geld, das übrigens kaum an Auflagen gekoppelt ist. Als Folge sind Betriebe nicht nur aufgrund des ausgeprägten Wettbewerbs um möglichst günstige Produktionsbedingungen, sondern auch wegen der Vergabe öffentlicher Gelder gezwungen, zu wachsen – oder eben aufzugeben.

Diese „Wachse oder Weiche“-Doktrin beeinflusst auch die Handelspolitik. Wenn die Agrarindustrie zu viele Lebensmittel für einen satten europäischen Markt produziert, wird auch Export zulasten sich entwickelnder Länder gefördert. Zu viel Milch geht als Milchpulver nach Westafrika und zerstört dort mit Dumping-Preisen regionale Märkte. So verlieren Menschen vor Ort ihre wirtschaftliche Existenz und eine ganze Region ihre Entwicklungsperspektive.

Die Agrarindustrie sprengt planetare Grenzen

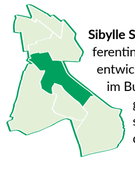
Die weltweite Agrarindustrie zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen durch Monokulturen und den Einsatz von Pestiziden, so dass Artenvielfalt verloren geht und Böden sich nicht mehr regenerieren können. Die Landwirtschaft ist zweitgrößter Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland, vor allem von Methan durch Tierhaltung oder von Lachgas als Folge der Stickstoffüberdüngung. Über die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Wie wir Landwirtschaft betreiben entscheidet also darüber, wie wir mit unserer Erdoberfläche umgehen wollen.

Ein Systemwechsel, der Verbraucher*innen einbindet

Bäuerinnen und Bauern beackern unser Gemeinwohl. Doch in der aktuellen Form können sie dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Daher zielt die Agrarwende auf einen Systemwechsel: Die gesamte Wertschöpfungskette von Lebensmitteln von der Produktion der Rohstoffe bis zu uns Verbraucher*innen muss umgekrempelt werden. Unser Ziel muss sein, alle Menschen auf der Welt mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen, dabei regionale Wirtschaftspotentiale zu entwickeln und die planetaren Grenzen zu respektieren.

Dazu gehören hohe Umweltstandards, faire Rahmenbedingungen in Wettbewerb und Handel und ein Umsteuern in der Förderpolitik, die den Umstieg auf ein nachhaltiges System ermöglichen muss. Mit klarer Kennzeichnung an der Ladentheke wird unsere Kaufkraft zur Macht. Durch gutes Essen in der Schule und Ernährungsbildung – ob durch „urban gardening“, Schulgärten oder Imkern – erhalten wir den gesellschaftlichen Wert guten Essens, das mehr kann als nur schmecken.

Sibylle Steffan



Sibylle Steffan ist wissenschaftliche Referentin für ländliche Räume, Regionalentwicklung und Wirtschaftsstruktur im Bundestag und Sprecherin der grünen Landesarbeitsgemeinschaft Europa. Sie tritt an für den Wahlkreis 4.

STAATLICHE UND EHRENAMTLICHE HILFE ERGÄNZEN SICH

Integration durch Bildung

In unserer heutigen Gesellschaft ist es wichtiger als sonst, die Bildung zu fördern. Wir haben im letzten Jahr vermehrt geflüchtete Menschen aufgenommen, die aufgrund von Krieg und Terror ihr Heimatland verlassen mussten. Diese Menschen haben hier eine Willkommenskultur erfahren wie nur in wenigen anderen europäischen Ländern.

Jetzt muss es mit der Integration weitergehen, wir dürfen nicht stehen bleiben. Dazu bedarf es einer guten Bildung. Durch die Förderung von Bildungsmaßnahmen erleichtert man den neuen Mitbürger*innen den Zugang zu vielen Bereichen des Lebens. Diese Menschen fühlen sich von der Gesellschaft angenommen und gebraucht.

Ehrenamtliche Arbeit fördern

Eine gute und effektive Bildungsarbeit kann auch mithilfe von Vereinen, Institutionen oder Verbänden gut geleistet werden. Gerade in Berlin haben ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in Vereinen oft einen eigenen Migrationshintergrund, der den Zugang zu diesen Menschen erleichtert. Sie müssen aber gefördert werden, um professionelle Arbeit leisten zu können. Es gibt viele öffentliche Fördermöglichkeiten, die diesen Vereinen zugute kommen sollten, denn ihre Projekte – z.B. Sprachkurse, Patenschaften oder regelmäßige Begegnungscafés, Kunst- oder Sportprojekte – leisten eine gute Integrationsarbeit für die Geflüchteten. Diese erfahren nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch Vergleiche der kulturellen Identitäten. Sie erfahren mehr über die deutsche Gesellschaft. Ein Bürger, der in Deutschland geboren ist und einen Migrationshintergrund hat, kann diese Vergleiche besser vermitteln. Es ist wichtig, dass diese Menschen viel über Deutschland erfahren, wie die Geschichte Deutschlands und Berlins, das Bildungssystem, die deutsche Politik. Durch die theoretische und praktische Erfahrung fördert dies die Integrationsfähigkeit.

Offenheit auf beiden Seiten

Bei den Teilnehmer*innen setzt dies eine Offenheit und Bereitschaft zur Selbstreflexion voraus sowie eine gewisse Motivation und Freude daran, Neues zu lernen, zu reflektieren und sich mit anderen auszutauschen. Es soll ein Wir-Gefühl geschaffen werden, das es ihnen unter anderem ermöglichen soll, die Opferrolle zu verlassen, vermehrt positives Denken zu entwickeln und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Doch Integration durch Bildung kann nur gelingen, wenn der Staat bereit ist, darin zu investieren. Auch die Medien heutzutage spielen eine große Rolle, was die Stigmatisierung von fremden Kulturen betrifft. Es sollte mehr Positives berichtet werden, mehr die Erfolge der Gesellschaft gezeigt werden. Durch Vorbilder und positive Erfahrungen können die Geflüchteten besser erreicht und motiviert werden. Motivation ist ein großer Indikator für erfolgreiches Lernen und Teilhabe an der Gesellschaft. Davon können alle Beteiligten nur profitieren.

Samira Tanana

BILDUNG STATT ARMUT FÜR BERLIN

Bildungsarmut ist unsexy

Bildung und Armut – beides hängt in Berlin stark voneinander ab. Jedes dritte Kind gilt hier als arm und hat somit deutlich schlechtere Bildungschancen. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen, um Bildung für alle zu ermöglichen.

In Neukölln ist Kinderarmut sehr weit verbreitet. So lebt die Hälfte aller Kinder hier in Familien, die staatliche Unterstützung beziehen. Wie sieht die Lebensrealität dieser Kinder aus? Oft haben sie nur ein Elternteil oder viele Geschwister. Armut führt zu schlechter Ernährung und häufigen Krankheiten. Und wer sich sozial und kulturell kaum an unserer Gesellschaft beteiligen kann, hat auch geringere Bildungschancen. So verfestigen sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich.

Wir Grüne fordern die Beseitigung der Ursachen der Armut. Die Menschen benötigen Arbeit und viele, die schon in der zweiten Generation arbeitslos sind, wirkliche Hilfe zur Arbeit. Dazu kann auch der öffentliche Dienst beitragen, denn im Interesse aller muss hier der Stellenabbau nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden. Auch bei freien Trägern und Privatwirtschaft müssen – auch durch staatliche Maßnahmen – Stellen geschaffen werden. Wir wollen ein Netzwerk gegen Kinderarmut, das beteiligte Behörden, Verbände und Vereine vernetzt und so für Hilfe aus einer Hand für Familien und speziell Kinder sorgt.

Begegnungsräume statt Sanierungsfälle

Jahrzehntelang ließen SPD-CDU-Regierungen in Berlin und auch Neuköllner SPD-Schulstadträt*innen öffentliche Gebäude verrotten und schufen so allein für Neukölln einen Schulsanierungsbedarf von 452 Mio € – eine Zahl, die sich wohl noch deutlich erhöhen wird. Und ausgerechnet SPD und CDU tun nun so, als wollten sie nach den Wahlen dieses Problem massiv angehen.

Hier werden wir Grüne sie beim Wort nehmen und auf eine zügige Umsetzung der Versprechen dringen. Wir wollen Verantwortlichkeiten bündeln, um Schulen, Sporthallen und andere öffentliche Gebäude so zu sanieren, dass dort Lernen und Sport wieder Spaß machen und Kinder, Jugendliche, Lehrer*innen und Anwohner*innen ihre Einrichtungen als Begegnungsräume erfahren und nicht als Sanierungsfälle.

Eine Schule für alle

Vor sechs Jahren wurden in Berlin Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Integrierten Sekundarschule (ISS) zusammengefasst, doch dies heißt nicht, dass hier die Spaltung in Arm und Reich überwunden ist. Die neuen „Rest“-Schulen sind die ISS ohne gymnasiale Oberstufe, die nicht zum Abitur führen. Hier sammeln sich häufig die Schüler*innen, die früher zur Hauptschule gegangen wären, aber die Klassenstärke an der ISS ist höher als an der alten Hauptschule. Haben Kinder aus armen Elternhäusern schon in der Grundschule geringere Chancen, weil sie kaum von Hilfen der Eltern profitieren können, werden sie nun auch in der Oberschule abgehängt.

Um Kindern bessere Chancen auf Bildung zu bieten, fordern wir längerfristig eine Schule für alle. Die als Modell in Berlin existierenden Gemeinschaftsschulen geben uns recht mit ihren besseren Lernerfolgen, die wissenschaftlich nachgewiesen sind: Längeres gemeinsames Lernen verbessert die Chancen für alle. Die besser Lernenden werden nicht gebremst, wie Kritiker*innen behaupten, sondern erreichen Ergebnisse wie am Gymnasium.

Auch gut ausgestattete Ganztagsschulen tragen dazu bei, dass Kinder und Jugendliche versorgt werden und nach der Schule sinnvolle Freizeitgestaltung und ergänzende schulische Angebote erhalten. Ein Mittagessen aus gesunden Lebensmitteln der Region sollten alle Kinder in der Schule erhalten und dies möglichst kostenlos, denn auch hier zeigt sich die Trennung in Arm und Reich, wer in der Schule essen kann und wer nicht.

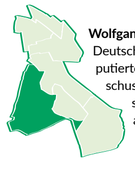
Neukölln braucht neue Schulen

Ganze Schüler*innen-, Eltern- und Lehrer*innengenerationen des Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums in Buckow und der Clay-Schule in Rudow warten auf die seit 1990 versprochenen Neubauten ihrer Schulen. Die alten Gebäude wurden damals wegen Asbest stillgelegt, die Schulen zogen in Containerdörfer um, die angeblich schon Mitte der 1990er durch Neubauten ersetzt werden sollten.

Mit dem Bau begonnen wurde bis heute nicht, aber wieder gibt es vollmundige Versprechungen der Neuköllner SPD – zuständig für das Bürgermeisteramt, für Schulen, Finanzen und Bau. 2019 bzw. 2022 seien die beiden Schulen fertig, heißt es über diese Vorhaben, die sich nahtlos in die Berliner Baupolitik der Pleiten, Pech und Pannen einfügen.

Wer Kinderarmut beseitigen und bessere Bildung für alle schaffen möchte, muss bereit sein, dies zu finanzieren. Das muss nicht weitere Verschuldung Berlins bedeuten, aber einen sinnvollen und koordinierten Einsatz unserer Ressourcen. Lassen Sie uns dies anpacken!

Wolfgang Ewert



Wolfgang Ewert ist Lehrer für Politik, Deutsch und Ethik und Bürgerdeputierter im Neuköllner Sportausschuss. Seine Schwerpunktthemen sind Bildung und Sport. Er tritt an für den Wahlkreis 5.

SCHÜLERHILFE
MAJA
Seit 2000 in Berlin-Neukölln
Koordinatorin für Schulerfolg
Frau M. Christians-Roshanai
Mariendorfer Weg 1
12051 Berlin
Nähe S+U-Bahn Hermannstraße

DAS PROBEJAHR AM GYMNASIUM

Hart und nicht fair

Es ist eine gute Nachricht: Waren es im Schuljahr 2014/15 noch 68 Neuköllner Schüler*innen, die das Probejahr am Gymnasium nicht bestanden haben, sind es im Schuljahr 2015/16 nur noch 43 Schüler*innen. Weitere zwanzig werden eine Nachprüfung absolvieren. Die Chancen stehen gut. Kontraproduktiv sind die „Umsteiger*innenklassen“ dennoch, in denen die Schüler*innen dann die achte Klasse einer Sekundarschule besuchen. Auch Pädagog*innen kritisieren diesen Umstand, denn das Selbstwertgefühl der Schüler*innen sei angeschlagen und Extraklassen hätten etwas Ausgrenzendes.

Ungleiche Ausgangslagen

Aufgrund der unterschiedlichen Lernausgangslagen an den Grundschulen ist die Förderprognose in der sechsten Klasse nicht verlässlich und sorgt bei den ersten Noten für Überraschungen. Positiv wie negativ. Eltern haben ihre Gründe, weshalb sie ihre Schützlinge trotz der höheren Anforderungen auf dem Gymnasium anmelden. Der hohe Unterrichtsausfall an vielen Sekundarschulen, Lehrer*innenmangel oder die niedrige Bestehquote des Mittleren Schulabschlusses bestärken sie, das Gymnasium zu bevorzugen, denn besonders beliebte, gut ausgestattete Sekundarschulen sind übergefragt. Eltern wie Kinder nehmen daher eine Klassenfrequenz von 30 Schüler*innen und den höheren Leistungs- und Leidensdruck in Kauf.

Härtere Bedingungen für Sekundarschüler*innen

Möchten Sekundarschüler*innen die gymnasiale Oberstufe besuchen, so müssen sie nicht nur die MSA-Prüfung bestehen sowie E-Kurse besucht haben – erlaubt ist höchstens ein Notenschnitt von 3,0 der zehnten Klasse. Nur dann kann die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Der Gymnasiast muss die MSA-Prüfungen bestehen und darf nicht versetzungsgefährdet sein. Dies bedeutet aber auch, dass der Zeugnisdurchschnitt durchaus schlechter als 3,0 sein darf, um in die Kursphase zu kommen.

Jede*r kann einen Schulabschluss schaffen

In den letzten Jahren haben wir mit allen politischen Mitteln Öffentlichkeit für das Thema geschaffen, denn Umsteiger*innen sind auch ein Symptom ungleicher Lernausgangslagen. Wir haben Vorschläge für konkrete, schnelle Hilfen für die Schüler*innen eingebracht. Ungehört bleibt die Forderung, dass statt über die Bedarfe von Schüler*innen im Probejahr zu diskutieren, mit ihnen diskutiert wird. Im Rahmen der aufgenommenen Schule sollte jede*r Schüler*in zum qualifizierten Schulabschluss geführt werden, denn es ist nicht nur ihre, sondern auch Neuköllns Zukunft.

Mahi Christians-Roshanai

Viele Scheitern auf dem Weg zum Abitur. Foto: CC0

BESTIMMEN SIE MIT!

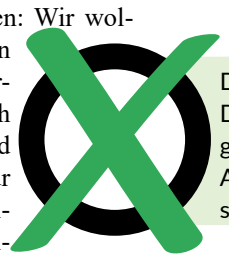
Liebe Neuköllnerinnen und Neuköllner,

am 18. September finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (AGH) und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt. Wir Grünen treten an für einen Politikwechsel in der gesamten Stadt. Die Große Koalition hinterlässt nach fünf Jahren eine kaputtgesparte Infrastruktur, das LAGeSo ist zum bundesweiten Symbol für Politik- und Verwaltungsversagen geworden, genauso wie der BER für Steuerverschwendung und organisierte Verantwortungslosigkeit. Es wird Zeit für einen Regierungswechsel! Berlin hat mehr verdient als marode Schulen, anhaltende Mietenexplosion, jahrelanges S-Bahn-Chaos, eine völlig unzureichend ausgestattete Verwaltung und den zweifelhaften Titel ‚Hauptstadt der Kinderarmut', die ihr Geld in schlecht geplanten Prestigeprojekten verschleudert.

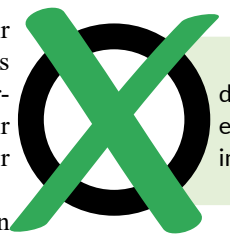
Wer Grün wählt, stimmt für

- lebenswertes Wohnen: Wir wollen Immobilienspekulation effektiv bekämpfen und arbeiten weiter für bezahlbare Mieten in lebendigen Stadtvierteln.
- moderne Mobilität: Wir wollen, dass alle mit Bus und Bahn sicher und zuverlässig von A nach B kommen und werden uns weiter für den Rad- und Fußverkehr stark machen.
- offene Gesellschaft: Wir wollen, dass Berlin vielfältig bleibt und setzen uns weiter für alle Menschen ein, die bei uns Schutz suchen.
- gesunde Stadtnatur: Wir wollen Berlin als grüne Metropole erhalten und werden weiter dafür kämpfen, dass Draußensein in Parks und an der Spree Spaß macht.
- starke Familien: Wir wollen, dass Familien ihren Alltag ohne Stress leben können und uns weiter dafür einsetzen, dass sich in Berlin alle Generationen Zuhause fühlen.
- zukunftsfeste Finanzen: Wir wollen Schluss machen mit der Steuerverschwendung durch Prestigeprojekte und streiten weiter für nachhaltige Investitionen und eine funktionierende Verwaltung.
- innovative Wirtschaft: Wir wollen Start-ups und das Handwerk fördern und arbeiten weiter für mehr fair bezahlte Jobs in unserer Stadt.
- gute Bildung: Wir wollen Schulen sanieren , die Betreuung in den Kitas verbessern und uns weiter darum kümmern, dass alle Kinder in Berlin gut aufgehoben sind.
- lebendige Kultur: Wir wollen genügend Platz für alle Formen von Kunst und Kultur und stehen weiter für den Erhalt von Berlins kreativen Freiräumen ein.
- einen neuen Politikstil: Wir wollen die Stadt gemeinsam mit den Menschen gestalten und machen uns weiter für mehr Bürger*innenbeteiligung und die direkte Demokratie stark

Wir werben um Ihr Vertrauen und Ihre drei Stimmen:



Die **erste Stimme** für Ihre grüne Direktkandidatin oder Ihren grünen Direktkandidaten für das Abgeordnetenhaus in einem der sieben Neuköllner Wahlkreise,



die **zweite Stimme** für eine starke grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus

und die **dritte Stimme** für starke Grüne in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung.

KLEINES WAHLEN-EINMALEINS: #AGH

Abgeordnetenhaus kurz erklärt

Berlin ist ein Stadtstaat und damit gleichzeitig Bundesland und Gemeinde, die Bezirke sind Verwaltungseinheiten mit teilweisen Selbstverwaltungsrechten (siehe Seite 4). Das Abgeordnetenhaus ist unser Landesparlament, so wie Landtage in anderen Bundesländern. Es ist zuständig für die Landesgesetzgebung und kommunalpolitische Entscheidungen, die ganz Berlin betreffen, wählt die oder den Regierende*n Bürgermeister*in (Chef*in der Landesregierung), der anschließend die Senator*innen (vergleichbar den Minister*innen in Flächenländern) ernennt, und kontrolliert den Berliner Senat.

Alle fünf Jahre werden mindestens 130 Abgeordnete in allgemeiner, gleicher, freier, geheimer und direkter Wahl gewählt, 78 direkt in den Wahlkreisen und mindestens 52 indirekt über Landes- oder Bezirkslisten. Zurzeit gibt es bedingt durch Überhang- und Ausgleichsmandate 149 Abgeordnete.

Gewählt wird nach einer Kombination aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht, die sogenannte personalisierte Verhältniswahl. Daher gibt es für das Abgeordnetenhaus zwei Stimmen: die erste für die*den Direktkandidat*in, die zweite für eine Partei. Die Zweitstimmen entscheiden über das prozentuale Endergebnis der Parteien.

In den Wahlkreisen genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Erststimmen, um das Mandat zu gewinnen. Für die Verteilung aller Mandate werden die 130 Sitze auf die Parteien, die die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnten, entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmen verteilt. Hinzu kommen dann ggf. Überhang- und Ausgleichsmandate. Die Berechnung erfolgt nach einem komplizierten System, Interessierte können sich hier genauer informieren: gruenlink.de/1842.

Bock auf Wahl? Wählen ab 16!
Für die BVV-Wahl gilt: Auch Jugendliche ab 16 Jahren und mit Hauptwohnsitz in Neukölln gemeldete EU-Bürger*innen sind wahlberechtigt. Mehr Infos zur Wahl ab 16 gibt es hier: gruenlink.de/184y

Grafik: Stadtjugendring Mannheim

WARUM AM 18. SEPTEMBER GRÜN WÄHLEN

Alles auf grün!

Berlin ist anders. Für dieses freie, lebenswerte und solidarische Berlin treten wir Grünen ein – gerade in einer Zeit, in der rechte Populist*innen mit den Parolen von Vorgestern unsere offene Gesellschaft in Frage stellen. Damit Berlin so bleiben kann, wie wir es lieben, muss sich aber einiges ändern. Denn es gibt genug Probleme in dieser Stadt, die dringend gelöst werden müssen: Explodierende Mieten und Wohnungsnot führen dazu, dass Berlin sozial auseinander driftet. Die Sparpolitik der Großen Koalition und unter Rot-Rot hat der Stadt marode Schulgebäude und Straßen hinterlassen. Menschen stehen sich vor den Bürger*innenämtern die Beine in den Bauch und das LAGeSo ist bundesweit zum Symbol für Verwaltungsversagen geworden, genauso wie der BER für Steuerverschwendung und organisierte Verantwortungslosigkeit.

Wir Grünen arbeiten dafür, dass das anders wird. Für eine Stadt, die ihre einmalige soziale Mischung erhalten will. Eine Stadt mit einer funktionierenden Verwaltung und mehr Mitbestimmung. Eine Stadt mit guter Bildung und fairen Löhnen, in der niemand zurückgelassen wird. Und für eine Stadt, die ihrer globalen Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Klima gerecht wird. Welche Stadt, wenn nicht Berlin, hat die Chance zu zeigen, wie das geht?

Wohnen muss bezahlbar sein

Gerade eine wachsende Stadt braucht mehr sozialen Zusammenhalt. Wer nicht will, dass Berlin in Arm und Reich zerfällt, muss die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Der damalige rot-rote Senat hat rund 100 000 öffentliche Wohnungen privatisiert. Die Große Koalition schafft es bis heute nicht, Menschen vor Verdrängung zu schützen und genug neuen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir kämpfen für einen konsequenten Mieter*innenschutz. Wir wollen die Zahl der landeseigenen Wohnungen erhöhen und den Milieuschutz massiv ausweiten. Beim Neubau sorgen wir dafür, dass endlich ausreichend Wohnraum für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Familien entstehen. Wir bauen die Grunderwerbssteuer zu einer Antispekulationssteuer um und unterbinden konsequent die Zweckentfremdung von Wohnraum. Denn: Wohnen ist keine Ware!

Mobilität ist für alle da

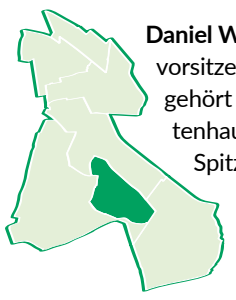
Wer an einer Gesellschaft teilhaben will, muss sich in ihr frei bewegen können. Aber während sich das Mobilitätsverhalten der Menschen in den letzten Jahrzehnten radikal verändert hat, setzt die rot-schwarze Verkehrspolitik immer noch ausschließlich aufs Auto. Wir Grünen wollen, dass alle Menschen in Berlin schnell, bequem und zuverlässig von A nach B kommen – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder im öffentlichen Nahverkehr. Wir setzen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, die nicht nur das Klima schützen, sondern auch die Berlinerinnen und Berliner vor Lärm und Abgasen. Deshalb wollen wir das Straßenbahnnetz in der Stadt ausbauen und den Takt von Bus und Bahn erhöhen. Und: Die Fahrpreise müssen endlich wieder günstiger werden! Mit dem Sozialticket sowie den Fahrkarten für Kinder, Jugendliche und Familien fangen wir an. Unser Ziel bleibt ein solidarisch finanzierter, ticketloser ÖPNV für alle. Moderne Mobilität bedeutet für uns auch eine gerechtere Aufteilung des öffentlichen Raums. Das schafft mehr Verkehrssicherheit im Fuß- und Radverkehr. Deshalb unterstützen wir Grüne den „Volksentscheid Fahrrad".

Berlin bleibt weltoffen

Berlin ist eine Stadt, die so viele Freiräume wie kaum eine andere europäische Metropole bietet. Gesellschaftliche Vielfalt ist hier längst Teil unseres Alltags. Diese Freiheit und Offenheit machen Berlins Attraktivität aus – für Menschen aus aller Welt und für diejenigen, die hier leben. Die AfD steht für das komplette Gegenteil. Und die Grünen sind der politische Gegenpol zur AfD. Rechtspopulisten bekämpft man nicht, indem man ihnen hinterherläuft. Das muss auch CDU-Innensenator Henkel endlich begreifen.

Wir setzen weiterhin auf die Solidarität und Hilfsbereitschaft der Berlinerinnen und Berliner mit den Menschen, die bei uns Schutz suchen. Und auf Integration von Anfang an, bei der Versorgung mit Wohnraum, in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Die Herausforderungen, die wir dabei bewältigen müssen, betreffen alle Menschen in Berlin gleichermaßen – das geht nur gemeinsam. Wir Grünen wissen um die Herausforderungen und werben deshalb bei dieser Wahl um jede einzelne Stimme: für eine andere und bessere Politik für Berlin. Wer die Große Koalition abwählen will, muss am 18. September „Alles auf Grün" setzen.

Daniel Wesener



Daniel Wesener ist seit 2011 Landesvorsitzender der Berliner Grünen und gehört für die Wahl zum Abgeordnetenhaus zum vierköpfigen grünen Spitzenteam. Sein Schwerpunktthema ist soziale Stadtentwicklungspolitik. Er tritt an für den Wahlkreis 6.

DAS DIGITALE HELFERLEIN

Ein Männlein steht im Walde

123456. Laut Hasso-Plattner-Institut ist dies das im Internet meist genutzte Passwort. Neben solchen Abfolgen auf der Tastatur sind auch Begriffe wie „password" oder „Katze" sehr beliebt. Dabei ist es so einfach, sichere Passwörter zu schaffen. Um ein sicheres und dennoch einfach zu merkendes Kennwort anzulegen, helfen Merksätze wie: „Ein Männlein steht im Walde, ganz still und stumm." Nimmt man alle initialen Buchstaben, Satzzeichen und Nummern, würde daraus beispielsweise 1MsiW,/gsus.

Aber mit einem einzigen sicheren Passwort im Gepäck ist man noch nicht auf der sicheren Seite. Denn ist unter all den Webseiten, bei denen man das Passwort nutzt, auch nur einer dabei, der es mit der Sicherheit nicht so ernst nimmt, können mit dem einen gehackten Account beim Pizzadienst auch alle Zugänge zu Mails und sozialen Medien offen liegen.

Um doch mit einem einzigen sicheren Zugangscode auszukommen, ist der Einsatz von Passwort-Containern die Lösung. Im Prinzip ist das einfach ein stark verschlüsselter Ordner, der die Login-Daten zu den Diensten enthält: jedes Login mit einem separaten beliebig langen und komplizierten Passwort.

Eine Software, die das leistet, ist KeyPass (www.keepass.info). Sie ist gratis, ihr Quellcode liegt offen und sie ist für fast alle Betriebssysteme verfügbar. Außerdem lässt sie sich ohne Probleme auf den USB-Stick am Schlüsselbund installieren, um immer alle Zugangsdaten bei sich zu haben.

Kalle Erlacher

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN NEUKÖLLN

GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de.
Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!